ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Karl, Hans-Dieter et al.

Article

ifo Branchen-Dialog 2010

ifo Schnelldienst

Provided in Cooperation with:
Ifo Institute – Leibniz Institute for Economic Research at the University of Munich

Suggested Citation: Karl, Hans-Dieter et al. (2010) : ifo Branchen-Dialog 2010, ifo Schnelldienst, ISSN 0018-974X, ifo Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München, München, Vol. 63, Iss. 22, pp. 33-63

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/164884

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

ifo Branchen-Dialog 2010

Am 25. Oktober 2010 veranstaltete das ifo Institut in Kooperation mit der Industrie- und Handelskammer in München und Oberbayern mit Unterstützung des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie den zehnten »ifo Branchen-Dialog«. Ziel dieser Arbeitstagung war wiederum die Analyse der Gesamtwirtschaft und der konjunkturellen Entwicklung in der Industrie, in der Bauwirtschaft, im Groß- und Einzelhandel sowie in ausgewählten Dienstleistungsbranchen. Anders als im Vorjahr stand der Branchen-Dialog im Zeichen einer weltweiten wirtschaftlichen Erholung und eines deutlichen Konjunkturaufschwungs in Deutschland. Eine Zusammenfassung der Tagung bringt der vorliegende Bericht. Der nächste Branchen-Dialog wird am 26. Oktober 2011 in München stattfinden.

Globale Wirtschaft

Hauptgeschäftsführer der IHK für München und Oberbayern, *Peter Driessen,* eröffnete den zehnten ifo Branchen-Dialog mit Ergebnissen aus der aktuellen Konjunkturumfrage der bayerischen Industrie- und Handelskammern. Die Wirtschaft sei quer durch alle Branchen klar auf Erholungskurs. Viele Konjunkturbeobachter – die IHK eingeschlossen – hätte die Stärke der Erholung überrascht. Der Export boomt und selbst die Inlandsnachfrage habe laut Umfrage der bayerischen IHKs ähnlich stark angezogen. Weltweite Konjunkturprogramme, niedrige Zinsen sowie die Möglichkeit, die Produktion dank nicht entlassener Fachkräfte schnell hochfahren zu können, wären die wirksame Medizin für eine außerordentlich erfreuliche und überraschend kräftige Erholung der bayerischen Wirtschaft seit Anfang 2010 gewesen. Die Kapazitätsauslastung habe deutlich zugenommen, die Investitionslaune sei so gut wie seit Jahren nicht mehr und die Unternehmen würden wieder Arbeitsplätze schaffen.

Für die kommenden Monate rechnet die IHK damit, dass die Wachstumsgeschwindigkeit etwas abnimmt. Einige der bisherigen Konjunkturtreiber, wie etwa der Lagerzyklus und auch die Konjunkturprogramme, liefen aus und würden die Wachstumsdynamik dämpfen. Lediglich im Einzelhandel werde mit weiter anziehenden Geschäften gerechnet.

Noch befinde sich die bayerische Wirtschaft nicht in einem selbsttragenden Aufschwung. Die Stimmung der Unternehmen sei zwar bereits wieder ähnlich gut wie vor der Rezession, doch die aktuelle Konjunkturentwicklung sei immer noch durch eine überaus expansive Geldpolitik, Hilfen für den Bankensektor und durch laufende Konjunkturprogramme gestützt. Würden diese Maßnahmen abrupt gestoppt, wäre nach Einschätzung der IHK eine stabile Erholung der Wirtschaft erheblich gefährdet. Darüber hinaus sei man immer noch ein gutes Stück vom Produktionsniveau des Jahres 2007 entfernt. Ob und wie schnell die bayerische Wirtschaft zurück zum alten Produktionsniveau komme, hängt von verschiedenen Faktoren ab – nicht zuletzt, wie der Wechsel von expansiver zu restriktiver Politik gelingt.

Peter Driessen lobte ausdrücklich die in vielen Fällen erfolgreiche Krisenbekämpfung durch die Politik, wie bei-

Dr. Peter Driessen, Hauptgeschäftsführer der IHK für München und Oberbayern

spielsweise die Kurzarbeit und die Rettung systemrelevanter Banken. Jetzt komme es jedoch darauf an, den Hebel von einer krisenbedingten Ad-hoc-Politik auf eine langfristige und verlässliche Politik umzulegen. Die weitere Erholung müsse von flankierenden Maßnahmen begleitet werden.

Zwingend notwendig sei, dass die Staaten ihre Verschuldung in den Griff bekommen. Allerdings müsse der Übergang von einer expansiven zu einer restriktiven Haushaltspolitik maßvoll gestaltet werden: So gelte es, die Investitionslaune der Unternehmen von staatlicher Seite weiter zu fördern und nicht auszubremsen. Die IHK erachtet daher zum Beispiel das Auslaufen der degressiven Abschreibung für bewegliche Wirtschaftsgüter sowie die Rückführung des Investitionsabzugsbetrags als kontraproduktiv. Die Befristung dieser Regelung müsse aufgehoben werden, so die Forderung der IHK.

Darüber hinaus müssten die Investitionen deutlich stärker langfristig angekurbelt werden. Gerade für kostspielige Investitionen bräuchten die Unternehmen Planungssicherheit. Die Wirtschaft warte noch immer auf das angekündigte einfache und transparente Steuersystem. Im Frühjahr sei die Regierung nach der Schätzung der Steuereinnahmen erst einmal von einer Reform abgerückt. Auch habe die Bundesregierung innovativen Unternehmen Steuererleichterungen für Forschung und Entwicklung versprochen. Nun hat sie deren Einführung für derzeit nicht realisierbar erklärt. Warum man die Stärkung des Forschungsstandorts Deutschland auf die lange Bank schieben will, sei aus Sicht der IHK nicht einzusehen. Gleichzeitig würden bereits neue Einnahmequellen diskutiert. Die IHK sei strikt gegen die Einführung neuer Bagatellsteuern, ganz gleich ob es eine Bettensteuer, eine Kulturförderabgabe oder Ähnliches sei. Wichtige Reformen von einzelnen Steuerschätzungen oder der derzeitigen Haushaltslage abhängig zu machen, sei nicht akzeptabel. Die Haushaltskonsolidierung sieht die IHK als zwingend erforderlich an. Hierzu brauche es jedoch eines klugen Gesamtkonzepts, das notfalls auch gegen Widerstände durchgesetzt wird.

Die deutsche Wirtschaft- Strategien für die Zeit nach der Krise

Vortrag von Staatsminister Martin Zeil

Mit den wirtschaftspolitischen Herausforderungen, die gegenwärtige wirtschaftliche Erholung zu verstetigen, befasste sich Martin Zeil, der Bayerische Staatsminister für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie. Nach Zeil sollte an einer konsequenten Stärkung unserer Industrie festgehalten werden. Eine starke industrielle Basis sei auch die Voraussetzung für unternehmensnahe und hochproduktive Dienstleistungen. Deutschland sei besser aufgestellt als etwa die USA oder Großbritannien mit ihren vergleichsweise riesigen Dienstleistungssektoren.

Nach Zeil sind mehr Dynamik, mehr Flexibilität und mehr Eigenverantwortung das Gebot der Stunde. Infolge der gerade überwundenen Krise hat in Deutschland wie in vielen anderen Ländern dieser Welt der Einfluss des Staates auf Bürger und Wirtschaft spürbar zugenommen. Die Staatsquote ist in Deutschland in nur zwei Jahren von 44 auf 47% angestiegen. Angesichts der dramatischen Einbrüche war das wohl unvermeidlich. Das darf aber nach Zeil kein Dauerzustand bleiben, da sonst die Leistungsfähigkeit des Staates überspannt würde. Wir brauchen nach Zeil jetzt einen klaren ordnungspolitischen Rahmen und müssen wieder deutlich machen, dass der Staat zwar der Garant für eine freie und gerechte Ordnung sein soll, nicht jedoch der Hüter privaten Wohls und privaten Glücks. Eine Rückführung der Staatsausgaben sei aber nicht nur ordnungspolitisch geboten. Sie sei auch ein Akt der Generationengerechtigkeit. Letzteres beinhaltet nach Zeil nicht nur solide Finanzen, sondern auch eine dynamische und innovative Wirtschaft mit zukunftsfähigen Arbeits- und Ausbildungsplätzen. Um dieses zweite Ziel zu erreichen, müsse die Politik mindestens auf folgenden drei Handlungsfeldern tätig werden:

1) Innovationskraft der Unternehmen stärken,
2) konsequent in die Infrastruktur investieren und
3) das Problem der Fachkräftesicherung entschlossen und ohne ideologische Scheuklappen angehen.

Zu 1): Technologische Vorsprünge müssen nach Zeil immer wieder aufs Neue hart erkämpft werden. Das strategische Ziel muss sein, in allen Zukunftsfeldern der Hochtechnologie und der ganzen Breite der Industrie- und Dienstleistungsbranchen die Innovationsführerschaft zu erreichen, zu halten und auszubauen. 80% der Aufwendungen für Forschung und Technologie würden bereits heute von der Wirtschaft aufgebracht. Gerade in Bayern träfe die hohe Innovationsbereitschaft nicht nur für forschungsintensive Großunternehmen zu, sondern auch für viele mittelständische Industrieun-

Martin Zeil, Bayerischer Staatsminister für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

ternehmen, die sich mit neuen Produkten und Dienstleistungen eine herausragende Position auf dem Weltmarkt erworben haben. Die Politik sei in besonderer Weise gefordert, das gewaltige Innovationspotential im Mittelstand noch stärker zu heben. In Bayern seien in diesem Zusammenhang die Innovationsgutscheine für kleine Betriebe in Mittelstand und Handwerk zu nennen sowie das Regierungsprogramm »Aufbruch Bayern«. Im Zentrum der neuen Forschungs- und Innovationspolitik in Bayern stünden Technologiefelder wie Life Sciences, Medizintechnik, Grüne Technologien, Biosystemforschung, IuK oder Neue Werkstoffe. Einen hohen Stellenwert im Rahmen dieses neuen Programms nähme auch die »Zukunftsoffensive Elektomobilität« ein.

Zu 2): Eine leistungsfähige Infrastruktur in Form von Flughäfen, Straßen und Schienennetze sowie einer modernen Energieversorgung seien Grundvoraussetzung dafür, dass die Unternehmen weiter erfolgreich arbeiten können. Was die Energieversorgung anbelangt, ist Deutschland nach Ansicht Zeils mit dem neuen Energiekonzept der Bundesregierung auf einem guten Weg. Längere Laufzeiten bei den Kernkraftwerken bringen nach Zeil die nötige Zeit und die finanziellen Mittel für den Umbau unserer Stromversorgung hin zu erneuerbaren Energien. Sorge bereiten Zeil die derzeitigen Diskussionen über große Infrastrukturprojekte im Verkehrsbereich. Er fragte, was z.B. München und Bayern wäre ohne den Flughafen München II, der jahrzehntelang energisch bekämpft wurde. Heute sei er für viele Exportunternehmen in Bayern das Tor zur Welt. Die notwendigen Verfahren für alle Infrastrukturprojekte müssten ohne Wenn und Aber nach rechtstaatlichen Grundsätzen durchgeführt werden. Demokratisch legitimierte Entscheidungen müssten dann aber respektiert werden.

Zu 3): Allein Bayern muss nach Zeil bis 2015 mit einer Versorgungslücke bei Fachkräften in einer Größenordnung von 520 000 Personen rechnen. Bis 2030 würde sich die Lücke mehr als verdoppeln, wenn nicht gegengesteuert wird. Als notwendig erweist sich nach Zeil eine Gesamtstrategie, die auf mehreren Säulen ruht. Die Handlungsfelder reichten von

- Maßnahmen zur besseren Integration von Hartz-IV-Empfängern in den Arbeitsmarkt,
- Stärkung der Bildung, insbesondere der beruflichen Aus- und Weiterbildung
- bis hin zu einer höheren Erwerbsbeteiligung von Älteren, Migranten und Frauen.

Diese Maßnahmen seien wichtig. Sie würden aber alleine nicht zur Bewältigung der Herausforderung Fachkräftesicherung ausreichen. An einer vernünftigen Zuwanderungspolitik würde kein Weg vorbeigehen. Allein auf Inländer zu setzen, verkenne die Dimension des Fachkräftemangels in Millionenhöhe. Die Arbeitnehmerfreizügigkeit innerhalb der gesamten EU ab 2011 würde zwar eine Entlastung bringen. Aber es wäre ein Fehler, sich bei der notwendigen Zuwanderung von Spitzenleuten allein auf den europäischen Kulturkreis zu konzentrieren. Qualifikation und Integrationsfähigkeit müssen hier der Maßstab sein und nicht die kulturelle Herkunft. Es sei alarmierend, dass eine Zuwanderung qualifizierter Fachkräfte aus Nicht-EU-Staaten heute faktisch nicht stattfindet. Um einen Durchbruch zu erzielen, müssten die bürokratischen Hürden im Zuwanderungsrecht gesenkt werden: Als Sofortmaßnahmen müssten die Einkommensschwellen für eine Arbeitsgenehmigung (Hoch-)Qualifizierter weiter verringert werden, von derzeit 64 000 Euro auf etwa 40 000 Euro. Mittelfristig müsste die Zuwanderung durch eine umfassende Lösung über ein Punktesystem z.B. nach kanadischem oder australischem Vorbild gesteuert werden.

Zeil schloss seine Ausführungen mit einem Zitat Winston Churchill`s: »Es ist sinnlos zu sagen: Wir tun unser Bestes. Es muss dir gelingen, das zu tun, was erforderlich ist.«

Wohin steuert die europäische und speziell die deutsche Wirtschaft?

Vortrag von Hans-Werner Sinn, Präsident des ifo Instituts

Deutschland ist nach Sinn aus Finanzkrise und Rezession wie Phönix aus der Asche aufgestiegen. Was momentan weltweit ablaufe, sei allerdings ein Aufschwung mit sehr unterschiedlichen Geschwindigkeiten und mit zunehmenden Disparitäten unter den Staaten. So expandieren etwa die BRIC-Staaten (Brasilien, Russland, Indien und China) anhaltend kräftig, während sich das Wachstumstempo in den USA bereits wieder abgeschwächt hat. In Europa wandern die Wachstumskräfte von der Peripherie ins Zentrum, insbesondere in den deutschsprachigen Raum. Der Grund hierfür sei, dass sich das Kapital aus Bonitätsgründen nicht mehr in die Peripherie (sog. PIGS-Staaten, d.h. Portugal, Irland, Griechenland, Spanien) traut. Deutsche Banken verliehen ihr Geld wieder lieber an Firmen in Deutschland und nicht z.B. in Spanien. Hiervon gehen nach Sinn deutlich

Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Werner Sinn, Präsident des ifo Instituts

positive Auswirkungen auf die deutschen Bauinvestitionen und somit auf die Binnenkonjunktur aus. Und gerade dies ist die Neuigkeit für Deutschland: Die Binnenkonjunktur ist schneller, als von den meisten Prognostikern erwartet, wieder angesprungen, das Wachstum also nicht mehr rein exportgetrieben. In punkto Wirtschaftswachstum wird sich Deutschland 2010 innerhalb der EU an die Spitze des Geleitzugs stellen. Nach der neuen Gemeinschaftsprognose rechnet das ifo Institut zusammen mit den anderen Partnerinstituten für 2010 für die EU insgesamt sowie für den Euroraum mit einem Wachstum von jeweils 1,6% und für Deutschland von 3,5%.

Allerdings wird der Aufschwung weltweit und damit auch in Deutschland an Intensität verlieren. Die durch die Finanzkrise offen gelegten strukturellen Probleme sind noch nicht überwunden. So ist in den USA nicht nur die Verschuldung des Staates, sondern auch die der privaten Haushalte sehr hoch. Der Immobiliensektor ist stark geschrumpft, und auch der Finanzsektor hat sich noch nicht vollständig erholt. Die Arbeitslosigkeit verharrt auf hohem Niveau. In einer ähnlichen Lage wie die USA befinden sich westeuropäische Länder wie Spanien, Großbritannien und Irland. Aufgrund der drastisch verschlechterten Haushaltslage sieht sich die Finanzpolitik in vielen fortgeschrittenen Staaten gezwungen, auf einen Konsolidierungskurs umzuschwenken. Auf der anderen Seite ist in wichtigen Schwellenländern wie etwa China die wirtschaftliche Erholung bereits so weit fortgeschritten, dass die Politik bemüht ist, eine konjunkturelle Überhitzung mit entsprechend negativen Folgen auch für die Preisstabilität zu verhindern.

Es spricht nach Sinn also einiges dafür, dass es 2011 zu einer weiteren Zunahme der weltwirtschaftlichen Ungleichgewichte kommen wird. Zuspitzen könnte sich die Situation durch einen sich anbahnenden Währungsstreit. Die USA könnten Interesse an einem schwachen US-Dollar haben, da zur Korrektur des gewaltigen Leistungsbilanzdefizits mehr exportiert und weniger importiert werden muss. Theoretisch ist dies möglich, indem man den US-Dollar abwertet und gleichzeitig Importzölle, z.B. auf chinesische Waren, einführt. Der Haken dabei ist, dass China seine Währung, den Yuan, an den US-Dollar gekoppelt hat und sich nicht gewillt zeigt, auf die US-Forderung nach einer Aufwertung des Yuan einzugehen. Es ist anzunehmen, dass auch andere Länder versuchen werden, über die Währungspolitik, ihre Exporte anzukurbeln. Dies könnte zu einer Spirale kompetitiver Abwertungen führen. Dieser Ernstfall muss natürlich nicht eintreten. Trotzdem sollte man sich nach Sinn auf etwas turbulentere Zeiten auf den Devisen- und Zinsmärkten einstellen. Eine Ausspreizung der Zinssätze auf der Grundlage der Bonität der Länder hat bereits mit dem Ausbruch der Griechenlandkrise eingesetzt und könnte sich in den Folgemonaten noch verstärken.

Alles in allem wird es also 2011 weltweit zu einem moderaten Wachstum kommen. Nach der ifo-Prognose wird das weltwirtschaftliche Wachstum bei 2,8% liegen und bei 1,4% für die Europäische Gemeinschaft (EU 27) sowie 1,6% für den Euroraum. In Deutschland selbst dürfte das wirtschaftliche Wachstum 2011 bei 2,0% liegen. Die insgesamt moderate Entwicklung der Nachfrage ist der Grund, weshalb das Preisklima auch 2011 ruhig bleiben wird.

Im abschließenden Teil seiner Rede ging Sinn ausführlicher auf die Frage ein, ob Deutschland vom Euro mehr als die anderen Währungsmitglieder profitiert hat. Dieses trifft seiner Meinung nach nicht zu.

Deutschland hat nach Sinn vom Euro eben so profitiert wie alle anderen Euroländer. Der Euro hat eine Zone der Stabilität in Europa geschaffen und die Mitgliedsländer vor Währungsturbulenzen bewahrt. Er hat eine niedrigere Inflationsrate gebracht, als es der D-Mark in ihrer fünfzigjährigen Geschichte vergönnt war. Er hat den Handel gefördert und war ein wichtiger Schritt zur weiteren politischen Integration Europas. Aber er hat Deutschland in der Anfangsphase durchaus auch Probleme bereitet. Einer der Vorteile Deutschlands in der Vor-Eurozeit gegenüber den späteren EWU-Ländern war nämlich ein relativ niedriges Niveau der Kapitalmarktzinsen, vor allem dank der allgemein anerkannten Stabilitätsreputation der Deutschen Bundesbank. Hierdurch konnte Deutschland einige Nachteile im internationalen Wettbewerb, vor allem die relativ hohen Lohnkosten, zumindest teilweise kompensieren. Mit der einheitlichen Währung verschwand dieser Vorteil. Die anderen EWU Mitglieder erfreuten sich ähnlich niedriger Kapitalmarktzinsen wie Deutschland. Die Investitionstätigkeit in diesen Ländern sprang mit Einführung des Euro wegen der dort ungewohnt niedrigen Zinsen kräftig an, vor allem die Bauinvestitionen. In einigen EWU-Ländern wie z.B. Portugal, Irland, Griechenland und Spanien, kam es im Immobiliensektor zu einem regelrechten Investitionsboom mit erheblichen Preissteigerungen. Viel Kapital, auch aus Deutschland, floss in diese europäischen »Tigerstaaten«. Im Mittel der Jahre 1995 bis 2008 wurden 76% der deutschen Ersparnisse (Private, Staat und Unternehmen) im Ausland und nur 24% im Inland investiert. In Deutschland fehlte dieses Kapital für Investitionen. Den Firmen in Deutschland gelang es erst nach einigen Jahren, durch Umstrukturierung, Rationalisierung, Outsourcing, Offshoring und nicht zuletzt Lohnzurückhaltung der Arbeitnehmer ihren ursprünglichen Wettbewerbsvorteil wieder zu erlangen und ihn sogar auszubauen. Von 1995 bis 2008 hat Deutschland gegenüber seinen EU-Partnern real um 18% abgewertet. Diese Abwertung hat erst die Exportüberschüsse Deutschlands ermöglicht. Für sich genommen waren die Überschüsse ein willkommener Ersatz für die wegbrechende Binnenkonjunktur. Sie waren aber kein Zeichen der Stärke des Landes, sondern das Ergebnis der Schwäche durch jahrelangen gewaltigen Kapitalexport.

Die jüngste Finanzkrise im Euroraum hat deutlich gemacht, dass einige der Kapitalanlagen deutscher Investoren im Ausland doch nicht so attraktiv waren, wie es anfangs erschien. Als Folge davon verbleibt wieder mehr Kapital in Deutschland und treibt die Konjunktur an. Spiegelbildlich passiert jetzt das, was in Europas südwestlicher Peripherie während der letzten 15 Jahre geschah. Während die ehemaligen Schuldenländer stagnieren, boomt Deutschland. Längerfristig wird sich dieser Vorteil wieder einebnen, da die Löhne und Preise in Deutschland in den kommenden Jahren wieder schneller steigen. Das wird die deutsche Wettbewerbsfähigkeit verringern und die Außenhandelsüberschüsse verkleinern.

Insgesamt ist aber in Deutschland zumindest für die nächsten Jahre mit einem stärker nach oben gerichteten Wirtschaftstrend zu rechnen, als es ohne die Euro Finanzkrise gewesen wäre.

Nur eine Einschränkung ist nach Sinn für dieses Szenarium zu machen. Es gilt unter der Voraussetzung, dass die Euro-Rettungspakete nicht oder nur in modifizierter Form verlängert werden. Wenn Deutschland seinen Konkurrenten auf dem Kapitalmarkt die eigene Bonität schenke, indem ihnen der bedingungslosen Freikauf, quasi eine Vollkaskoversicherung gegen Zahlungsunfähigkeit, angeboten wird, dann wird das Kapital wieder im Übermaß aus Deutschland heraus fließen. Die Fehlentwicklungen, zu denen es unter dem Euro kam, würden dann perpetuiert, und Deutschland würde beim Wachstum neben Italien wieder seine vertraute Schlusslichtposition einnehmen.

Wie üblich beim ifo Branchen-Dialog fanden in je zwei Parallelveranstaltungen die Foren »Industrie« und »Handel« sowie »Bauwirtschaft« und »Dienstleistungen« statt. Im Folgenden werden einige zentrale Ergebnisse der Foren vorgestellt.

Branchenforum 1: Konjunkturelle Entwicklung im verarbeitenden Gewerbe

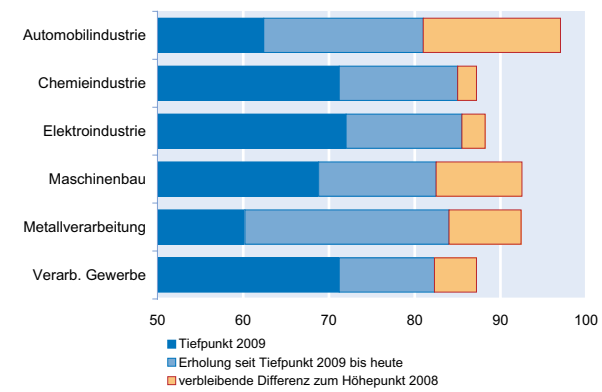
Hans-Dieter Karl und Hans-Günther Vieweg

Die weltweite Rezession hatte das verarbeitende Gewerbe 2009 in Deutschland voll im Griff, die Produktion war um 17,3% eingebrochen. Den sich daran anschließenden Aufschwung hatten die Auguren in dieser Stärke nicht vorhergesehen. Anlässlich des Branchen-Dialogs 2009 hatte das ifo Institut für die Industrieproduktion – gerechnet in konstanten Preisen – ein Plus von 5,5% für das Jahr 2010 vorhergesagt und eine Beschleunigung für 2011 auf ein Plus von 8,5% erwartet. Die Prognose für 2010 wurde anlässlich des diesjährigen Branchen-Dialogs auf ein Plus von 11% angehoben, während für 2011 nur noch eine moderate Zunahme der Industrieproduktion um real 5% erwartet wird. Das zeitliche Muster der konjunkturellen Erholung hat sich somit verändert. Die Diskussion zu den Perspektiven der industriellen Entwicklung wurde in Forum 1 durch drei Vorträge eingeleitet. *Hans-Günther Vieweg,* ifo Institut, gab einen Überblick über die weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen, die aufgrund der globalen Ungleichgewichte, der sprunghaft angestiegenen Verschuldung der öffentlichen Haushalte in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften und den weiterhin bestehenden Problemen auf den Finanzmärkten durch starke Risiken für eine friktionsarme Fortsetzung der gegenwärtigen weltwirtschaftlichen Erholung gekennzeichnet sind.

Trotz Erholung wird 2011 noch nicht das Rekordniveau der Industrieproduktion von 2008 erreicht

Tobias Just, DB Research, analysierte den Erholungsprozess in der deutschen Industrie im Detail. Der scharfe Ein-

Abb. 1
Kapazitätsauslastung der Industrie



Quelle: ifo Institut für Wirtschaftsforschung; DB Research.

bruch, der 2009 insbesondere die Metallindustrie und den Fahrzeugbau getroffen hatte, mündete 2010 in eine entsprechend starke Gegenbewegung. Diese Branchen bilden das Zentrum der auffallend stark zyklischen Abhängigkeit der deutschen Wirtschaft von globalen Tendenzen. Der dynamische Aufschwung der deutschen Industrie im laufenden Jahr – insbesondere im Vergleich mit der industriellen Entwicklung in anderen fortgeschrittenen Volkswirtschaften – wird sich 2011 verlangsamt fortsetzen. Trotz dieser erfreulichen Entwicklung darf nicht übersehen werden, dass im kommenden Jahr – auch beim Eintreffen der aktuellen Prognosen – das Rekordniveau der industriellen Produktion aus dem Jahr 2008 noch nicht wieder erreicht sein wird.

Deutschland ein weltweit wichtiger Chemiestandort

Henrik Meincke, Verband der Chemischen Industrie e.V. (VCI), behandelte strukturelle und konjunkturelle Aspekte seiner Branche. Die Chemie ist eine der großen Branchen, die primär Vorprodukte erzeugt. Sie ist stark von der Nachfrage aus anderen Industriebranchen und der Bauwirtschaft abhängig. Die dynamische Erholung u.a. im Fahrzeugbau hat der Chemie einen Nachfrageschub beschert, nicht nur durch das Anspringen der Produktion, sondern auch durch das Auffüllen von Lagerbeständen, die in der Rezession stark reduziert worden waren. Dieser Schub, der die Produktion von Chemieerzeugnissen beflügelte und 2010 einschließlich der Pharmaindustrie zu einem Plus von 11% – gemäß der Prognose des Branchenverbandes – führen kann, läuft aus. Die Entwicklung des Jahres 2011 wird durch moderatere Zuwachsraten gekennzeichnet sein. Der Verband der Chemischen Industrie erwartet im kommenden Jahr eine Zunahme der Produktion um 3%.

Die deutsche Chemieindustrie spielt in der globalen Wirtschaft eine herausragende Rolle. Gemessen an der inländischen Produktion steht Deutschland weltweit an vierter Stelle. Dabei ist zu beachten, dass die deutschen Unternehmen sich mit massiven Investitionen im Ausland – insbesondere in den wichtigen Wachstumsregionen der Welt – verankert haben und mit ihrer Produktion vor Ort einen höheren Anteil an der globalen Chemieindustrie halten, als es durch die inländische Produktion zum Ausdruck kommt. Diese internationalen Investitionen sind Voraussetzung dafür, dass die deutschen Unternehmen von den hohen Wachstumspotentialen in den Schwellenländern dauerhaft profitieren und zur Wohlfahrt in Deutschland beitragen können.

Konsolidierungsanstrengungen deutscher Unternehmen zahlen sich aus

Die im internationalen Vergleich bemerkenswert dynamische Erholung der deutschen Industrie wurde von Hans-Günther Vieweg unter der Überschrift »Das Glück der Tüchtigen« abgehandelt. In der Tat hat die deutsche Wirtschaft in den zurückliegenden Jahren einen Kraftakt der Konsolidierung bei gleichzeitig moderater Lohnpolitik vollbracht. Dies hat dem Standort Deutschland – trotz einer weiterhin existierenden internationalen Spitzenstellung bei den Löhnen in der Industrie – einen relativen Wettbewerbsvorteil gegenüber anderen Ländern eingebracht, innerhalb Europas insbesondere gegenüber Italien aber auch gegenüber Spanien. Diese Tüchtigkeit zahlt sich im Rahmen der weltwirtschaftlichen Erholung nicht nur durch steigende Auftragseingänge, sondern auch durch den gleichzeitigen Gewinn von Weltmarktanteilen aus.

Das »Glück« der deutschen Industrie beruht auf ihren Schwerpunkten beim Leistungsangebot, die bei Investitionsgütern, beim Anlagen- und Fahrzeugbau liegen. Dies sind genau die Produkte, die die von der globalen Finanzkrise nur wenig tangierten Schwellenländer dringend zum Auf- und Ausbau einer eigenen leistungsfähigen Wirtschaft und Infrastruktur benötigen. Hinzu kommt, dass aufgrund des seit einer Dekade hohen weltwirtschaftlichen Wachstums zunehmend auch Engpässe beim Angebot an Rohstoffen entstehen, die permanent nach einer Ausweitung der Kapazitäten verlangen. Die Nachfrage für die deutsche Industrie kommt zu einem großen Teil aus den Bereichen des Bergbaus, der Rohstoffgewinnung und -aufbereitung sowie der gesamten nachgelagerten Wertschöpfungsketten.

Weiterhin hohe Wachstumsdynamik in Schwellenländern

In den Jahren zwischen 2001 und 2007 hatte das Bruttoinlandsprodukt (BIP) der Weltwirtschaft mit einer durchschnittlichen Jahresrate von 3,9% expandiert. Die Dynamik war besonders stark in den Schwellenländern. Im Mittel über die BRIC-Staaten (Brasilien, Russland, Indien und China) lag das Wachstum sogar bei 8,1%, während die Industrieländer nur einen jährlichen Zuwachs von 2,4% verzeichnen konnten. Im Jahr 2008 hatte die beginnende Krise das weltwirtschaftliche Wachstum verlangsamt, betroffen waren vor allem die Industrieländer, deren Ausstoß an Waren und Dienstleistungen stagnierte. 2009 erreichte die Krise, gemessen an der Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts, ihren Höhepunkt: in den Industrieländern sank es um mehr als 3%, wohingegen die Schwellenländer auf dem Expansionspfad verblieben.

Es ist bemerkenswert, dass die weltwirtschaftliche Erholung das Wachstum der meisten Industrieländer bisher nur wenig stimuliert. Für 2010 und 2011 wird in der Gemeinschaftsdiagnose[1] nur mit einem Plus von 2,3 und 1,7% gerechnet,

[1] Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2010), *Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2010: Deutschland im Aufschwung – Wirtschaftspolitik vor wichtigen Entscheidungen,* ifo Institut für Wirtschaftsforschung, München, S. 11.

während das Wachstum in den Schwellenländern an die Dynamik des vergangenen Aufschwungs anschließt. Goldman Sachs prognostiziert für die BRIC für die beiden Jahre jeweils eine Zunahme des BIP um 8,7%. Das schwächere Wachstum im Durchschnitt aller Industrieländer ist vor allem aus den von der Finanzkrise besonders getroffenen reifen Volkswirtschaften induziert. Insbesondere die USA, Japan, Großbritannien, Frankreich und Spanien befinden sich in einer schwierigen Situation.

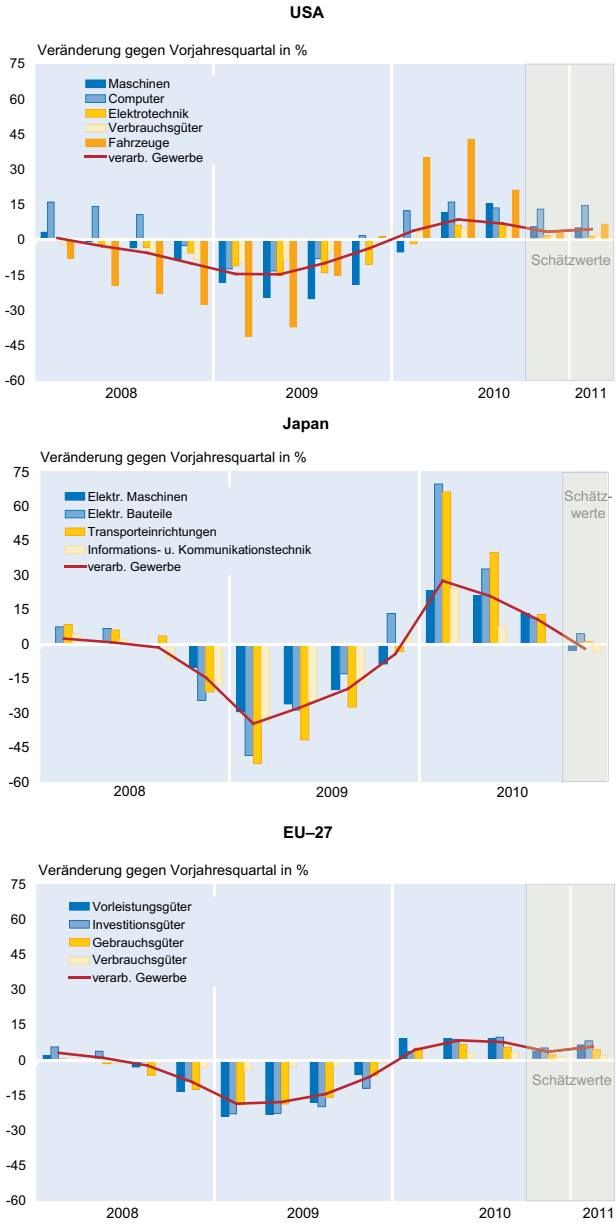
Industrieproduktion wächst in den großen Weltregionen unterschiedlich stark

Im verarbeitenden Gewerbe bestehen wesentlich größere Unterschiede im Wachstumstempo als im gesamtwirtschaftlichen Vergleich der Schwellenländer mit den Industrieländern. Die weltweite Industrieproduktion expandierte zwischen 2001 und 2007 mit einer mittleren jährlichen Rate von 3,4%. Die Industrieländer kamen in diesem Zeitraum auf gerade einmal 1,4%. Die globale Finanzkrise hat die Unterschiede noch verstärkt. 2008 und 2009 sank der Ausstoß des verarbeitenden Gewerbes der Industrieländer um 2,4 und 11,6%. In den Schwellenländern setzte sich dagegen das dynamische Wachstum kaum vermindert fort, für China blieb es auch 2009 im zweistelligen Bereich. Das Gewicht der weltweiten industriellen Produktion hat sich in der Krise verstärkt in Richtung der Schwellenländer verschoben, während bis dato dieser Prozess ein moderater, aber stetiger Trend war. Diese Entwicklung hat sich in der Diktion wirtschaftswissenschaftlicher Publikationen niedergeschlagen, so werden die reifen Industrieländer, wie auch in der jüngsten Gemeinschaftsdiagnose, zunehmend als fortgeschrittene Volkswirtschaften bezeichnet.

US-Industrie kann kaum von schwacher Währung profitieren

Die US-Industrie hatte die globale Wirtschaftskrise zuerst zu spüren bekommen. Die Rezession von 2008 beschleunigte sich 2009, und es kam zu einem Einbruch von mehr als einem Zehntel bei der Produktion. Der Aufschwung 2010 wurde durch staatliche Stützungsmaßnahmen in Gang gesetzt. Die Investitionstätigkeit in den Vereinigten Staaten ist zwischenzeitlich in Gang gekommen und stimuliert die Nachfrage in erster Linie nach Fahrzeugen, aber auch nach Maschinen und Ausrüstungen. Diese Bereiche hatten unter der Krise besonders gelitten und expandieren mit hohen zweistelligen Raten (vgl. Abb. 2). Die Aussichten für eine Fortsetzung des Wachstums werden gemäß Umfragen für die kommenden Monate als gut eingeschätzt. Der Einkaufsmanagerindex stieg im Oktober 2010 auf einen Wert von 56,9. Im September war er noch bei 54,4 gelegen. Werte von über 50 signalisieren

Abb. 2
Die Entwicklung der Industrieproduktion in der Triade



Quelle: Eurostat; Berechnungen und Prognosen des ifo Instituts

nach Aussage des Institute of Supply Management (ISM) eine Ausweitung der Produktion.

Im Verlauf des Jahres 2011 wird das Wachstum an Dynamik verlieren. Der Lagerzyklus, der zu Beginn der wirtschaftlichen Erholung die Expansion getrieben hatte, und die stimulierende Wirkung öffentlicher Stabilisierungsmaßnahmen sind ausgelaufen. Die positiven Wirkungen des schwachen Dollars für die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie werden durch die Tatsache geschmälert, dass viele Vorprodukte aus dem Ausland importiert werden müssen, gerade auch aus China, so dass die Kostenbelastung steigt. Hinzu kommt,

Tab. 1
Entwicklung der Industrieproduktion in wichtigen Regionen
Veränderungsraten, in % gegenüber Vorjahr

Region	2009					2010					2011
	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	Gesamt	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	Gesamt	Gesamt
EU-27	– 18,7	– 18	– 14,5	– 7,1	– 14,6	4,9	9	5,4	4,4	5,9	3
Deutschland					– 17,3					11	5
USA	– 14,6	– 14,7	– 9,9	– 3,6	– 10,7	3,9	8,5	6,1	3,4	5,5	2,5
Japan	– 34,6	– 27,4	– 19,4	– 4,2	– 21,4	27,6	21	16,1	– 1,5	15,8	1,5
Asien, Emerging Economies[a)]					8,9					15,1	13,2

[a)] China, Indonesien, Malaysia, Philippinen, Thailand Vietnam.

Quelle: Federal Reserve; Statistics Bureau of Japan; Eurostat; Prognosen von Goldman Sachs und des ifo Instituts.

dass US-Unternehmen deutlich stärker als europäische Unternehmen am Inlandsmarkt orientiert sind und international oft nicht über die notwendigen Vertriebskanäle verfügen. In Anbetracht dieser Rahmenbedingungen und der weiterhin angespannten wirtschaftlichen Lage im Inland wird das Wachstum der Industrieproduktion 2011 unter 3% liegen wird (vgl. Tab. 1).

Japanische Industrie war zunächst auf dynamischem Erholungskurs, ...

Die japanische Industrie hatte 2009 den schärfsten Einbruch unter den großen Industrieländern erlebt, der Erholungsprozess ist nun entsprechend stark ausgeprägt. Er wird wie in den USA in erster Linie vom Fahrzeugbau und der Produktion von Investitionsgütern getragen. Bemerkenswert ist, dass die Informations- und Kommunikationstechnik, eine der traditionellen Stärken Japans, von diesem Aufschwung nur mäßig profitiert. Der Aufschwung der Industrie ist in erster Linie von der Auslandsnachfrage getragen, obwohl die japanische Währung extrem stark ist und die Preiswettbewerbsfähigkeit belastet. Japan profitiert davon, dass es neben Deutschland ein Lieferant modernster Fertigungstechnologien ist, die für den Aufbau von Industrien in Schwellenländern unverzichtbar sind. Hinzu kommt, dass Japan in der asiatischen Wachstumsregion nahe den dynamisch expandierenden Absatzmärkten liegt. Der Bestelleingang der japanischen Industrie für Maschinen unterstreicht die vom Ausland getragene Entwicklung. Aus dem Inland war er im ersten Halbjahr 2010 rückläufig, während er aus dem Ausland um knapp 80% zulegte.

... nun bahnt sich ein Rückfall in die Rezession an

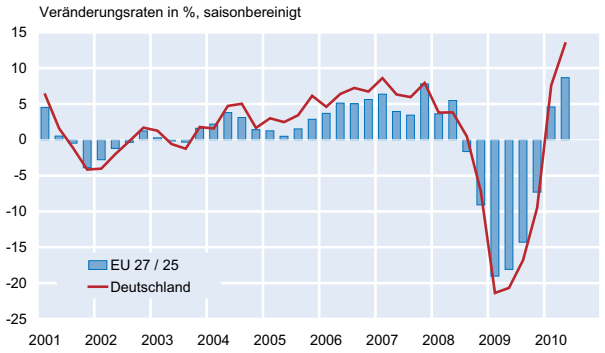
Die Konjunkturindikatoren aus dem Tankan-Bericht signalisieren eine rasche Abkühlung des gegenwärtigen Booms, der schon im 4. Quartal 2010 zu einer Schrumpfung führen wird. Die Umfrageergebnisse für das 3. Quartal zeigen gegenüber dem Vorquartal eine starke Eintrübung bei den Geschäftserwartungen. Besonders betroffen sind die kleineren Unternehmen, die stark vom Inland abhängig sind. Der Fahrzeugbau, der von den Abwrackprämien in vielen Ländern profitierte, weist deutliche Bremsspuren auf. Besser geht es den Herstellern von Investitionsgütern, die im ersten Halbjahr 2010 einen Auftragsschub aus dem Ausland erlebten. Die japanische Zentralbank geht davon aus, dass auch die inländischen Investitionen anziehen werden. Die japanische Industrie bewegt sich in einem schwierigen Wettbewerbsumfeld, auch wenn die Unternehmen einen guten Zugang zum dynamisch expandierenden chinesischen Markt haben. Die starke Konkurrenz aus Europa und zunehmend auch aus Korea kann von günstigen Wechselkursen profitieren. Unter diesen Bedingungen ist ein leichtes Plus der Industrieproduktion 2011 als Erfolg zu werten.

EU-Industrie auf Erholungskurs

Die Industrie der EU-27 erlebt 2010 einen konjunkturellen Aufschwung. Das anziehende Wachstum hatte die Hersteller von industriellen Vorerzeugnissen schon im ersten Quartal veranlasst, ihre Produktion kräftig auszuweiten. Der Fahrzeugbau und mit Verzögerung die Hersteller von Investitionsgütern sind dieser Entwicklung gefolgt. Zum Jahresende hat das Wachstum allerdings etwas an Dynamik verloren. Die positive Entwicklung wird vor allem von den Herstellern von Maschinen und Anlagen getragen, für die mehr als für die anderen Sektoren Absatzmärkte in Übersee von Bedeutung sind. Die Industrieproduktion wird 2010 im Jahresmittel um 5,9% zulegen.

Die Frühindikatoren für die EU weisen auf eine Verbesserung des Geschäftsklimas hin. Für das verarbeitende Gewerbe verbesserte sich der Wert für Oktober gegenüber dem September nochmals um einen Punkt. Unter den verschiedenen von der Kommission erhobenen Indikatoren haben sich insbesondere die Bewertung der Auftragsbestände und die Produktionserwartungen verbessert. Die Unternehmen werden wieder verstärkt Mitarbeiter einstellen. Verglichen mit der durchschnittlichen Einschätzung seitens der Unternehmen in den vergangenen zehn Jahren befindet sich das Klima in einem Bereich, in dem es Wachstum signalisiert. Die

Abb. 3
Entwicklung der Industrieproduktion in der EU und in Deutschland



Quelle: Eurostat; Berechnungen des ifo Instituts.

Dynamik ist allerdings sehr ungleich verteilt (vgl. Abb. 3). Für die EU insgesamt wird ein moderater Zuwachs in Höhe von 3% im Jahr 2011 erwartet. Für diese positive Entwicklung ist insbesondere Deutschland verantwortlich mit einer Zunahme von voraussichtlich etwa 5%. Alle anderen EU-Staaten werden im Mittel nur ein Plus von 2% bei der Industrieproduktion erreichen können.

Industrie in den asiatischen Schwellenländern von der weltweiten Krise nahezu unbeeindruckt

Entgegen der Entwicklung in der Triade haben die Schwellenländer nur eine Dämpfung des Aufwärtstrends bei der Industrieproduktion hinnehmen müssen. Die asiatischen Schwellenländer konnten 2009 ein immer noch atemberaubendes Wachstum von knapp 9% erreichen. Das Zentrum der Dynamik war wie schon im vergangenen Jahrzehnt China. 2010 beschleunigt sich das Wachstum auf gut 15%. Während noch bis in die neunziger Jahre hinein die asiatischen Schwellenländer stark an der US-Konjunktur hingen und jede Schwächephase der USA spürbar die Wirtschaft in der Region dämpfte, hat Asien inzwischen eine ausreichende Eigendynamik entwickelt, die es weniger anfällig macht. Die chinesische Regierung verfolgt seit einiger Zeit einen Kurs der Dämpfung der expansiven Kräfte im Inland. Die Erfahrung hat gelehrt, dass diese Maßnahmen nur graduell wirken und das Land auf einem hohen Wachstumspfad bleibt. Die Auswirkungen auf die anderen Länder in der Region werden beschränkt bleiben, so dass auch für 2011 von einer Zunahme der Industrieproduktion im unteren zweistelligen Bereich auszugehen ist.

Im Verlauf der Rezession hatte sich das Gewicht der Schwellenländer an der globalen Industrieproduktion deutlich erhöht, dieser Trend setzt sich in den kommenden Jahren fort und führt zu einer Verschiebung der regionalen Bedeutung des verarbeitenden Gewerbes.[2]

[2] Vgl. Vieweg, H.-G. und M. Reinhard (2009), *Guss 2020 – Perspektiven für die deutsche Gießereiindustrie,* ifo Beiträge zur Wirtschaftsforschung Bd. 35, ifo Institut für Wirtschaftsforschung, München, S. 35 ff.

Industrie in Deutschland profitiert von Schwellenländern

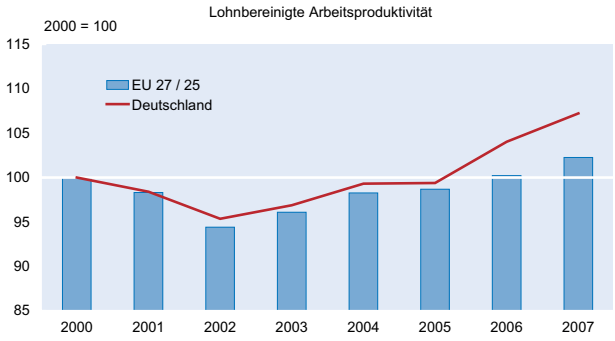
Deutschlands Industrie hat eine Ausrichtung auf die Herstellung von Fahrzeugen, Maschinen und Anlagen, die prinzipiell stark von konjunkturellen Schwankungen abhängig ist. Die Auftragseingänge sind sehr volatil, was von den Unternehmen eine hohe Anpassungsfähigkeit verlangt. Die Industrialisierung der Schwellenländer hatte der deutschen Industrie einen lang anhaltenden Aufschwung beschert, von der sie mehr als die Industrien in den Nachbarländern profitierte. Die Kehrseite der Medaille kam in dem dramatischen Einbruch der Auftragstätigkeit im Gefolge der globalen Krise zum Ausdruck. Dieses konjunkturelle Muster erklärt teilweise den gegenwärtigen Schub der industriellen Produktion in Deutschland.

Im vergangenen Jahrzehnt haben die deutschen Unternehmen hohe Anstrengungen zur Rationalisierung der Betriebsabläufe unternommen. Die Löhne stiegen nur moderat. Auch wenn die Arbeitskosten der Industrie in Deutschland im internationalen Vergleich immer noch eine Spitzenposition einnehmen, hat sich die Preiswettbewerbsfähigkeit gegenüber anderen Mitgliedstaaten grundlegend verbessert, wie die Entwicklung der lohnbereinigten Arbeitsproduktivität im EU-Vergleich zeigt. Gerade Länder wie Italien und Spanien, deren Industrieunternehmen auch eine international gute Reputation haben, verloren in der Vergangenheit an preislicher Wettbewerbsfähigkeit (vgl. Abb. 4).

Industrie hat hohen Stellenwert für Deutschland

Die deutsche Wirtschaft war von der weltweiten Krise vor allem aus zwei Gründen besonders stark betroffen. Einerseits ist das verarbeitende Gewerbe in Deutschland wegen seiner Exportstärke mehr als in anderen Ländern von der Entwicklung auf dem Weltmarkt abhängig. Andererseits ist der Anteil der industriellen Bruttowertschöpfung an der ge-

Abb. 4
Konsolidierung in der deutschen Industrie im Verhältnis zum Durchschnitt der EU



Quelle: Eurostat; Berechnungen des ifo Instituts.

samtwirtschaftlichen Wertschöpfung höher als in anderen großen Ländern Europas. 2008 erreichte er in Deutschland rund 23%; der entsprechende Wert belief sich für Frankreich auf etwa 12%, für Italien auf 18% und für Großbritannien auf 12,3%.

Das industrielle Produktionsvolumen in Deutschland – gemessen am (realen) Produktionsindex der amtlichen Statistik – fiel nach einem leichten Zuwachs 2008 im Jahr 2009 dramatisch um 17,3%. Allerdings zeichnete sich schon im letzten Quartal 2009 eine zaghafte Erholung ab, die im Jahr 2010 deutlich an Fahrt gewann. In den ersten acht Monaten 2010 stieg die reale Produktion um 11,5% gegenüber dem Stand der entsprechenden Vorjahresperiode. Die industrielle Wertschöpfung ist 2009 real um 18,1% zurückgegangen. Sie hat sich damit deutlich stärker als das Bruttoinlandsprodukt, das 2009 um 4,7% fiel, verringert.

Die kräftige Erholung der Industrieproduktion hatte sich bereits relativ frühzeitig anhand der Entwicklung der Nachfrage angekündigt. Der reale Auftragseingang des verarbeitenden Gewerbes war im Jahresdurchschnitt 2009, nach einem Rückgang um 6,5% im Jahr 2008, nochmals um 21,7% gegenüber dem Vorjahr gefallen. Gegen Ende des Jahres war es allerdings schon zu einer Trendwende gekommen. In den ersten acht Monaten des Jahres 2010 stiegen die Orders dann um 24,2% gegenüber dem entsprechenden Vorjahreswert an. Da die kräftig zulegende Auftragstätigkeit die Erhöhung der Produktion deutlich übertraf, nahm auch der Auftragsbestand stetig zu. Das ist ein Hinweis auf das hohe Potential des gegenwärtigen Aufschwungs. Die Kapazitätsauslastung der deutschen Industrie stieg stark an; saisonbereinigt nahm sie von Oktober 2009 bis Oktober 2010 von 73,8% auf 84,5% zu.

Stärkste Impulse aus dem Ausland

Das derzeitige Wachstum wird wie in früheren Jahren vor allem von dem kräftigen Anstieg der Auslandsnachfrage getragen. Während der Index des realen Auftragseingangs aus dem Ausland im Jahresdurchschnitt 2009 um 24,4% gesunken war, nahm er in den ersten acht Monaten 2010 gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum um 29,0% zu. Die Bestellungen aus dem Ausland haben sich im betrachteten Zeitraum besser entwickelt als der gesamte Auftragseingang. Die Aufträge aus der Eurozone sind dabei mit 24,2% weniger stark gestiegen als die Bestellungen aus dem übrigen Ausland, die um 32,7% über dem Vorjahreswert lagen.

Nicht ganz so stark nahm die inländische Nachfrage nach Erzeugnissen des verarbeitenden Gewerbes zu. Nach einem massiven Rückgang des Auftragseingangs von 18,5% im Jahresdurchschnitt 2009 belief sich in den ersten acht Monaten 2010 das reale Plus auf 18,8% gegenüber dem Niveau des gleichen Vorjahreszeitraums. Überdurchschnittlich entwickelte sich dabei in den ersten acht Monaten 2010 mit einem Zuwachs von 31,3% die inländische Nachfrage nach industriellen Vorleistungsgütern. Während die Bestellungen von Investitionsgütern um 11,3% zulegten, nahm die Nachfrage nach Konsumgütern um lediglich 2,3% zu.

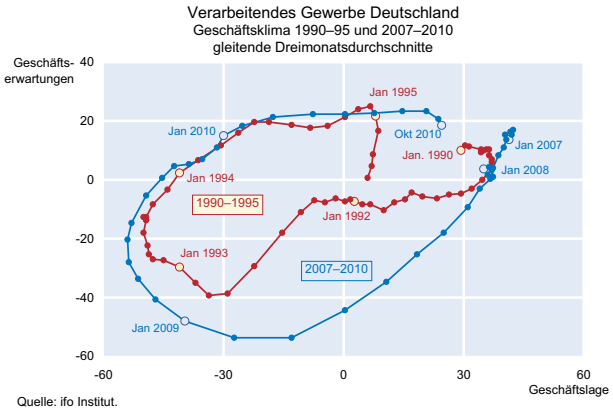
Die Beschäftigungsentwicklung konnte durch den Einsatz arbeitsmarktpolitischer Instrumente trotz des beispiellosen Produktionseinbruchs erstaunlich stabil gehalten werden. Zwar wurde die Zahl der Arbeitnehmer im verarbeitenden Gewerbe 2009 um 2,9% verringert, nach dem Anstieg um 2,3% im Jahr 2008. Die geleisteten Arbeitsstunden nahmen allerdings mit 8,9% deutlich stärker ab. In den ersten acht Monaten des Jahres 2010 kam es zu einem weiteren Beschäftigungsabbau; gegenüber dem Vorjahreszeitraum wurden 3,4% weniger Beschäftigte registriert, die geleisteten Arbeitsstunden waren aber um 2,3% höher. Angesichts der anhaltend kräftigen Produktionszunahme dürfte der Personalabbau zum Stillstand kommen, und Neueinstellungen könnten bevorstehen.

Geschäftserwartungen bis zuletzt optimistisch

Der vom ifo Institut ermittelte Geschäftsklimaindex für das verarbeitende Gewerbe, in dem die Urteile zur aktuellen Geschäftslage und die Einschätzungen der Geschäftserwartungen für die nächsten sechs Monate zusammengefasst sind, spiegelt die aktuelle Entwicklung gut wider. Seit April 2010 hat der Wert ein positives Vorzeichen. Dabei wurde die aktuelle Geschäftslage erst im Mai 2010 per saldo gut beurteilt. Dagegen hat sich bei den Geschäftserwartungen schon deutlich früher eine überwiegend optimistische Grundhaltung durchgesetzt. In den letzten Monaten haben sich die Urteile der Unternehmen zur Geschäftslage spürbar verbessert, und auch in den Geschäftserwartungen behielt das gesamte Jahr 2010 der Optimismus klar die Oberhand. Diese aktuellen Einschätzungen werden durch die Meldungen der Testteilnehmer über niedrige Lagerbestände, eine lebhaftere Nachfrage und positiv eingeschätzte Exporterwartungen gestützt.

Ein Vergleich des gegenwärtigen Konjunkturzyklus mit dem letzten scharfen Einbruch der wirtschaftlichen Aktivität in Deutschland 1992/93 im Spiegel des ifo Geschäftsklimas zeigt ein ähnliches Muster. Die Zeithorizonte der Gegenüberstellung sind so gewählt, dass die Folge von Boom, Rezession und wirtschaftlicher Erholung leicht zu erkennen sind. Bemerkenswert an dem Verlauf des Ge-

Abb. 5
ifo Konjunkturuhr



Quelle: ifo Institut.

schäftsklimas der vergangenen Jahre ist, dass der Einbruch tiefer und schneller erfolgte, der Erholungsprozess aber auch am aktuellen Rand noch keine Schwächetendenzen erkennen lässt. Für das kommende Jahr ist mit einer weiter robusten Erholung zu rechnen, auch wenn die Industrieproduktion noch nicht ganz das Niveau von 2008 erreichen dürfte (vgl. Abb. 5).

Der deutliche Anstieg des Geschäftsklimaindikators für das verarbeitende Gewerbe korrespondiert mit der Belebung der Weltwirtschaft, die auf eine massive Nachfragestimulierung in den großen Industrieländern und das ungebrochene Wachstum in den Schwellenländern zurückzuführen ist. Daraus hat sich für Deutschland ein unerwartet kräftiger Aufschwung ergeben. Die starke Zunahme der Bestellungen hat sich auch in den Meldungen zum ifo Konjunkturtest über die Entwicklung der Produktion niedergeschlagen, die seit Jahresbeginn 2010 einen Anstieg signalisieren. Nach der Hochrechnung der vom ifo Institut durchgeführten Branchenschätzungen ist für das verarbeitende Gewerbe insgesamt mit einer Steigerung der industriellen Produktion im Jahresdurchschnitt 2010 von real 11% zu rechnen.

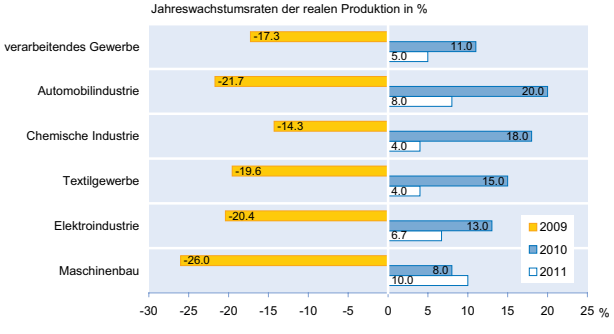
Günstige Vorzeichen für weitere Expansion

Zwar ist die Krise an den internationalen Finanzmärkten noch keineswegs überwunden, aber durch entschlossene wirtschaftspolitische Eingriffe konnten Dauer und Stärke des wirtschaftlichen Abschwungs entscheidend begrenzt und die Voraussetzungen für eine Erholung geschaffen werden. Allerdings könnten sich die krisenbedingt hohen Defizite und steigenden Schulden der öffentlichen Haushalte als Belastung für die Konjunktur erweisen. Daher bestehen durchaus Risiken im Hinblick auf die weitere Entwicklung der Weltwirtschaft. Das gilt entsprechend bei der Festlegung der Rahmendaten für das deutsche verarbeitende Gewerbe im Jahr 2011.

Die folgenden Annahmen über wesentliche weltwirtschaftliche Leitdaten und die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Deutschland, die bestimmend für die Produktion des verarbeitenden Gewerbes sind, basieren auf der Prognose des Herbstgutachtens der Wirtschaftsforschungsinstitute. Danach wird das Wachstum der Weltwirtschaft 2011 auf 2,8% steigen, das reale Welthandelsvolumen wird nach dieser Abschätzung um 6,8% zunehmen. Daneben wird ein mittlerer Rohölpreis für 2011 von rund 80 US-Dollar je Barrel unterstellt und ein durchschnittlicher Wechselkurs von 1,35 US-Dollar je Euro zugrunde gelegt. Die Konsumausgaben der privaten Haushalte in Deutschland, die 2009 real gesunken und im laufenden Jahr nur leicht gestiegen sind, werden 2011 voraussichtlich stärker zunehmen. Dagegen wird nach dem Schub bei den Ausrüstungsinvestitionen im Jahr 2010 ein geringeres Plus für 2011 erwartet. Vor dem Hintergrund der erwarteten Abflachung des weltwirtschaftlichen Wachstums werden auch die Exporte weniger stark zulegen. Insgesamt dürfte das reale Bruttoinlandsprodukt in Deutschland 2011 – dem Herbstgutachten zufolge – um 2,0% steigen.

Die deutsche Industrie wird angesichts ihres hohen Exportanteils 2011 vom wachsenden Auslandsgeschäft und insbesondere der Investitionstätigkeit in den Schwellenländern profitieren können. Das verarbeitende Gewerbe wird im kommenden Jahr stärker als die Gesamtwirtschaft expandieren. Dazu trägt auch der in der zweiten Jahreshälfte 2010 aufgebaute Produktionsüberhang bei. Vor allem die Segmente der Investitionsgüterindustrie (Maschinenbau, Elektroindustrie, Fahrzeugbau, Metallerzeugnisse), aber auch die großen Sparten des Vorleistungsgütergewerbes (Chemische Industrie, Metallerzeugung und -bearbeitung) werden an der weiterhin guten Investitionsneigung im Inland und der zunehmenden Nachfrage auf dem Weltmarkt teilhaben können. Insgesamt wird das reale Produktionsvolumen des verarbeitenden Gewerbes im Jahre 2011 voraussichtlich um 5% steigen (vgl. Abb. 6).

Abb. 6
Prognosen zur Industrieproduktion in Deutschland und für ausgewählte Branchen



Verarbeitendes Gewerbe: Dynamische Erholung setzt sich 2011 verlangsamt fort.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Prognosen des ifo Instituts.

Vor dem Hintergrund der überwiegend günstigen Rahmenbedingungen für die deutsche Industrie ist auch für 2012 mit einem, wenn auch niedrigeren Zuwachs der Produktion zu rechnen.

Investitionsgüterhersteller mit hoher Wachstumsdynamik

Das Investitionsgütergewerbe war 2009 mit einem Produktionsrückgang von 21,3% überdurchschnittlich stark von dem Nachfrageeinbruch betroffen. Diese Entwicklung resultierte aus einem auf das Gesamtjahr bezogenen Rückgang der Auslandsnachfrage (– 28,4%) und der Inlandsbestellungen (– 19,6%). Für die deutsche Industrie wirkte sich dabei besonders die hohe Auslandsabhängigkeit der Investitionsgüterbereiche ungünstig aus. Während aus der gesamten Industrie gut 46% der Produktion exportiert werden, setzen die Investitionsgüterproduzenten nahezu 60% ihrer Güter im Ausland ab.

Im laufenden Jahr konnte die Investitionsgüterindustrie stark von der weltweiten Belebung profitieren; das zeigt sich am Anstieg der Auslandsorders in den ersten acht Monaten 2010 um 36,1% und der inländischen Auftragseingänge um 11,3% real. Wegen der im Jahresverlauf wachsenden Auftragsbestände und der anhaltenden Erholung der Nachfrage dürfte sich der Produktionszuwachs 2010 auf etwa 15% belaufen. Neben dem Maschinenbau und den Segmenten der Elektroindustrie trägt auch die Gruppe der Metallerzeugnisse zur Expansion des Investitionsgüterbereichs bei. 2011 wird die Investitionsgüterindustrie infolge ihres hohen Exportanteils vom stabilen Wachstum der Weltwirtschaft profitieren können. Dabei ist zu erwarten, dass die Auslandsnachfrage stärker zunehmen wird als die Bestellungen des Inlands, die angesichts moderat steigender Ausrüstungsinvestitionen nicht so stark zulegen werden. Diese Entwicklung kommt auch in den jüngsten Ergebnissen des ifo Konjunkturtests zum Ausdruck; danach werden die Geschäftserwartungen von den Investitionsgüterproduzenten weiterhin optimistisch eingeschätzt. Vor diesem Hintergrund ist davon auszugehen, dass im Jahresdurchschnitt 2011 bei der Investitionsgüterproduktion ein Plus von rund 8,5% zu erwarten ist (vgl. Abb. 7).

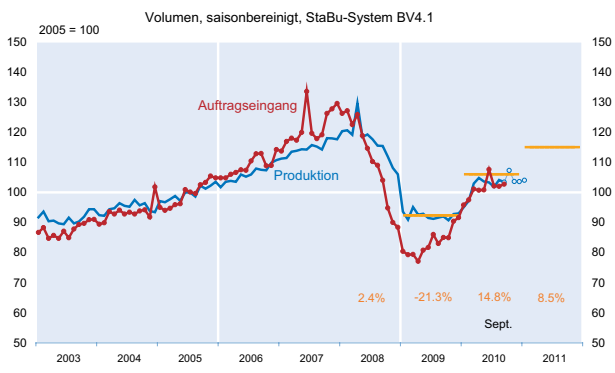
Konsumgüter profitieren von verbesserter Einkommenssituation

Die Konsumgüterproduktion ist tendenziell weniger von konjunkturellen Schwankungen betroffen; dennoch war sie 2009 um 5,6% gesunken. Die Auslandsaufträge stiegen in den ersten acht Monaten 2010 um 11,5% und der Auftragseingang aus dem Inland nahm in diesem Zeitraum nur um 2,7% zu. Durch das in diesem Segment relativ hohe Gewicht des Inlandsgeschäfts war die Gesamtnachfrage nach den Erzeugnissen der einheimischen Konsumgüterproduzenten um lediglich 7,2% höher. Im Jahresdurchschnitt 2010 dürfte die Produktion dieses Bereichs um 4,5% steigen. Nach den aktuellen Meldungen zum ifo Konjunkturtest wird die Geschäftslage von den Herstellern von Konsumgütern per saldo seit dem Sommer 2010 als gut beurteilt, bei den Geschäftserwartungen setzte sich die überwiegend optimistische Haltung bereits im Frühjahr durch. Daher wird angesichts der erwarteten Zunahme der privaten Konsumausgaben und des anhaltenden wirtschaftlichen Wachstums das reale Produktionsvolumen der Konsumgüterindustrie 2011 um 3% höher ausfallen (vgl. Abb. 8).

Moderates Trendwachstum bei Vorleistungsgütern

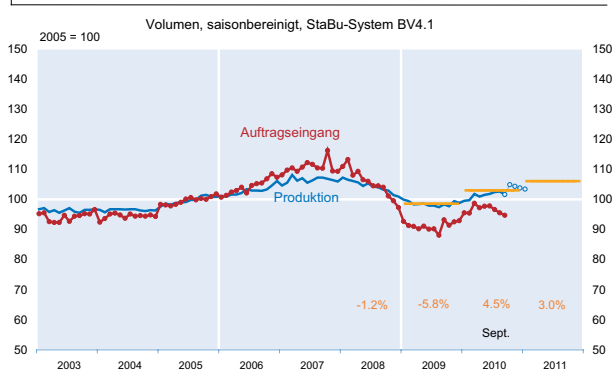
Die Vorleistungsgüterproduktion eilt im Allgemeinen der Konjunktur im gesamten verarbeitenden Gewerbe voraus. Entsprechend früh wurde sie auch diesmal von den Auswirkungen der Wirtschaftskrise erfasst, konnte dann aber etwas eher von der Erholung profitieren. Bei einem realen Minus der Auslandsbestellungen von 19,9% und der Inlandsnach-

Abb. 7
Prognose zur Produktion von Investitionsgütern in Deutschland



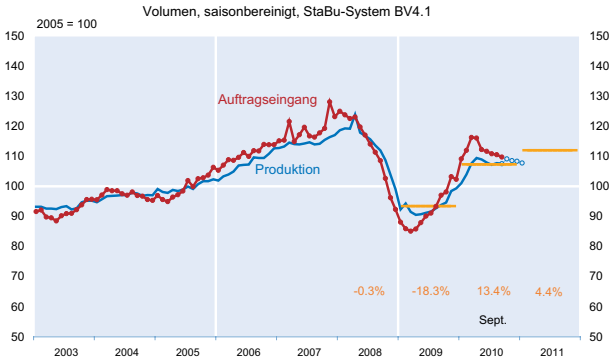
Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Prognosen des ifo Instituts.

Abb. 8
Prognose zur Produktion von Konsumgütern in Deutschland



Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Prognosen des ifo Instituts.

Abb. 9
Prognose zur Produktion von Vorerzeugnissen in Deutschland



Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Prognosen des ifo Instituts.

frage von 17,3% ging die Produktion im Jahresdurchschnitt 2009 kräftig um 18,3% zurück. In den ersten acht Monaten 2010 erhöhte sich die reale Nachfrage mit 23,4% (Ausland) und 29,8% (Inland) außergewöhnlich stark; das dürfte zu einem Produktionswachstum von 13,4% im Gesamtjahr 2010 führen. Die Aussichten für diesen Bereich sind als günstig anzusehen, wie auch die Meldungen zum ifo Konjunkturtest belegen. Die Geschäftserwartungen werden von einer Mehrheit der Produzenten von Vorleistungsgütern optimistisch eingeschätzt. Der Bereich der Vorleistungsgüter wird vom anhaltenden Wirtschaftswachstum profitieren, auch wenn der Lagerzyklus im kommenden Jahr die Entwicklung etwas dämpfen wird. 2011 wird die Produktion von Vorleistungsgütern voraussichtlich mit einem realen Plus von 4,4% abschließen (vgl. Abb. 9).

Tab. 2
Prognosen zur Industrieproduktion nach Sektoren und Branchen getrennt für Deutschland
Veränderungsraten, in % gegenüber Vorjahr

WZ 2008	Branche	Ist-Werte 2008	Ist-Werte 2009	Schätzung 2010	Prognose 2011	Prognose 2012
D	Verarbeitendes Gewerbe	1,0	– 17,3	11,0	5,0	2,5
	Vorleistungsgüter	0,3	– 18,3	13,4	4,4	2,6
	Investitionsgüter	2,4	– 21,3	14,8	8,5	4,5
	Konsumgüter	– 1,2	– 5,7	4,5	3,0	2,1
10	Ernährungsgewerbe	– 0,1	– 0,5	2,0	1,0	1,0
13	Textilgewerbe	– 4,5	– 19,6	15,0	4,0	3,0
14	Bekleidungsgewerbe	– 14,6	– 14,0	– 3,0	– 2,0	0,0
16	Holzgewerbe	– 1,5	– 12,3	10,0	4,0	3,0
17	Papiergewerbe	0,5	– 7,6	10,5	4,0	3,0
18	Druckerei, Vervielfältigung	0,9	– 7,0	1,0	4,0	2,0
19	Mineralölverarbeitung	0,0	– 8,6	– 3,0	4,0	3,0
20	Chemikalien	– 3,8	– 14,3	18,0	4,0	2,0
21	Pharmazeutika	3,3	– 2,2	1,5	2,0	2,0
22	Gummi- und Kunststoffwaren	– 2,6	– 12,1	15,0	3,0	2,0
23	Glas, Keramik, Steine und Erden	– 3,3	– 11,8	7,0	5,0	2,0
24	Metallerzeugung, -bearbeitung	– 1,1	– 27,2	25,0	5,0	3,0
25	Metallerzeugnisse	2,0	– 21,8	16,0	5,0	3,0
28	Maschinenbau	5,0	– 26,0	8,0	10,0	5,0
	Elektrotechnik		– 20,4	13,0	6,7	5,1
	darunter:					
	Ausrüstungsgüter		– 22,7	13,5	6,5	5,0
	Gebrauchsgüter		– 15,6	10,0	8,0	6,0
29	Automobilindustrie	– 3,8	– 21,7	20,0	8,0	4,0
30	Sonstiger Fahrzeugbau	9,3	– 2,0	– 8,0	7,0	3,0
31	Möbel	– 1,7	– 14,5	1,0	5,0	3,0
32	Sonstige (Konsum-)Waren	1,1	– 7,6	6,0	3,0	2,0

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Prognosen des ifo Instituts.

Branchenforum 2: Konjunkturelle Entwicklung im Handel

Josef Lachner

Die Referenten im Branchenforum Handel beschäftigten sich mit der konjunkturellen Entwicklung im Großhandel und im Einzelhandel, strukturellen Veränderungen im Einzelhandel und berichteten über dessen spezifische Situation in Berlin.

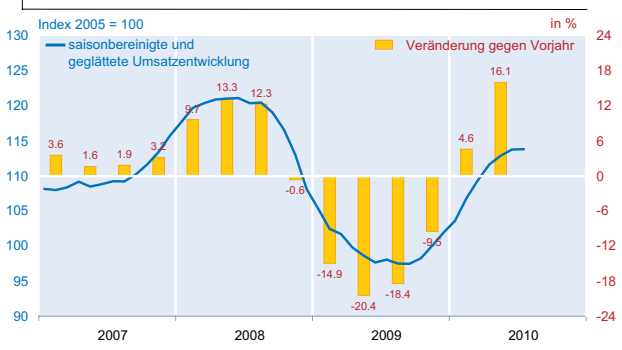
Großhandel: Erholung führt zu deutlichem Umsatzplus

Über die konjunkturelle Entwicklung im Handel referierte *Arno Städtler* vom ifo Institut. Die nominalen Umsätze des Großhandels (ohne Handelsvermittlung und ohne Kraftfahrzeughandel) tendierten im vierten Quartal 2009 nach oben, nachdem sie ab Mitte 2008 rezessionsbedingt zurückgegangen waren. Im ersten Tertial des Jahres 2010 hielt die Aufwärtsentwicklung unvermindert an. Das zweite Tertial stand dann allerdings im Zeichen einer deutlich verringerten Dynamik. Nach einem Umsatzminus im Jahr 2009 von nominal 15,9 und real 9,4% ergab sich für die ersten beiden Tertiale 2010 ein durchschnittliches nominales Plus gegenüber dem Umsatzergebnis des entsprechenden Vorjahreszeitraums von 11,4%, was real einem Anstieg um 6,7% entspricht.

... vor allem im Produktionsverbindungshandel

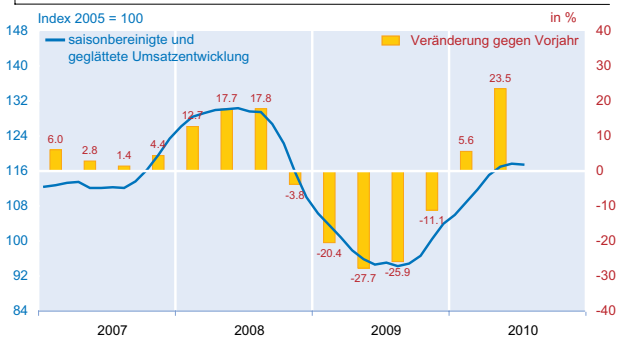
Der Produktionsverbindungshandel verzeichnete nach dem Umsatzrückgang gegen Ende des Jahres 2008, der bis September 2009 anhielt, wieder eine deutliche Belebung. Im Durchschnitt des Jahres 2009 waren die Umsätze nominal um 21,7 und real um 10,4% niedriger als im Jahr 2008. In den ersten acht Monaten des Jahres 2010 setzte sich die

Abb. 10
Entwicklung der nominalen Umsätze im Großhandel



Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts.

Abb. 11
Entwicklung der nominalen Umsätze im Produktionsverbindungshandel



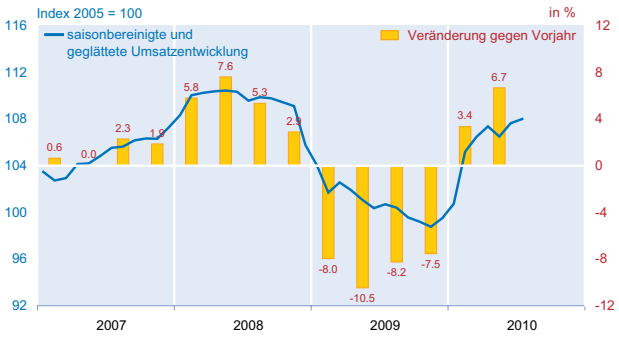
Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts.

Aufwärtsbewegung fort. Gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres ergab sich ein um 16,1% höherer nominaler Umsatz. Real, also in konstanten Verkaufspreisen, belief sich das Plus auf 9,0%. Besonders stark fiel der Umsatzanstieg im Großhandel mit Rohstoffen, Halbwaren, Altmaterial und Reststoffen aus. Dieser Bereich profitierte nach den beträchtlichen Produktionseinschränkungen im Vorjahr nun vor allem von der Ausweitung der Produktion in den verschiedenen Bereichen des verarbeitenden Gewerbes. Im Handel mit Erzen, Metallen und Halbzeug spielten bei der Zunahme der nominalen Umsätze die gestiegenen Verkaufspreise eine wesentliche Rolle. Im Handel mit festen Brennstoffen und Mineralölerzeugnissen war der beachtliche Anstieg der nominalen Umsätze ausschließlich auf höhere Preise zurückzuführen, real blieben die Umsätze geringfügig hinter dem Vorjahresergebnis zurück. Der Handel mit chemischen Erzeugnissen verzeichnete trotz leicht rückläufiger Preise einen beträchtlichen Umsatzanstieg. Ein beachtliches nominales wie reales Umsatzplus ergab sich im Handel mit landwirtschaftlichen Grundstoffen und lebenden Tieren. Im baunahen Großhandel mit Holz, Baustoffen, Sanitärkeramik und Anstrichmitteln übertrafen die Umsätze im Zeitraum von Januar bis August das Vorjahresergebnis nominal wie real nur leicht. Die Umsätze des zum Investitionsgüterbereich gehörenden Großhandels mit sonstigen Maschinen, Ausrüstungen und Zubehör waren den Daten der amtlichen Statistik zufolge angesichts einer deutlichen Belebung in den ersten acht Monaten wesentlich höher als das Umsatzergebnis im entsprechenden Vorjahreszeitraum.

Geringere Auftriebskräfte im Konsumgütergroßhandel

Im Konsumgütergroßhandel schwankten die Umsätze wesentlich weniger stark als im Produktionsverbindungshandel. Die nominalen Umsätze waren in den ersten acht Monaten des Jahres 2010 um 5,5% (real: + 3,7%) höher als im Vorjahr, nachdem sie im Jahr 2009 das Vorjahresergebnis um 8,5% verfehlten (real: – 8,3%). Einen etwas niedrigeren Umsatzzuwachs als der Konsumgütergroßhandel insgesamt

Abb. 12
Entwicklung der nominalen Umsätze im Konsumgütergroßhandel



Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts.

verzeichnete der Großhandel mit Nahrungs- und Genussmitteln. Die wieder zunehmende Nachfrage ermöglichte es den Unternehmen dieser Sparte aber dennoch, Preisanhebungen durchzusetzen. Innerhalb des Großhandels mit Gebrauchs- und Verbrauchsgütern nahmen die Umsätze vor allem im Großhandel mit elektrischen Haushaltsgeräten und Geräten der Unterhaltungselektronik zu. Geringfügig höher als im Konsumgütergroßhandel insgesamt war der Umsatzanstieg im Großhandel mit pharmazeutischen, medizinischen und orthopädischen Erzeugnissen.

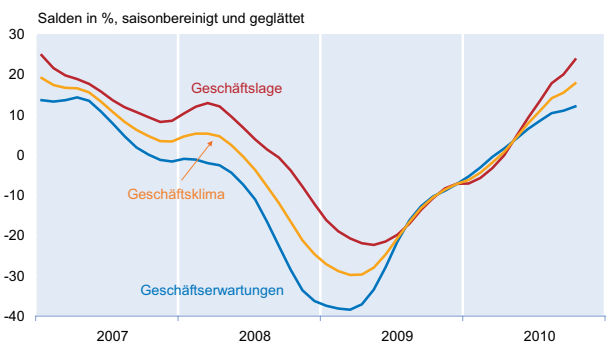
Großhandel insgesamt: Günstige Aussichten

Die am ifo Konjunkturtest teilnehmenden Großhändler bewerteten ihre Geschäftslage ab Mitte des Jahres 2009, nach der Abschwächung davor, per saldo wieder günstiger. Ab April 2010 dominierten die positiven Urteile gegenüber den negativen. Im Oktober sahen die Unternehmen der weiteren Entwicklung erneut überwiegend zuversichtlich entgegen. Angesichts der günstigen Perspektiven und vergleichsweise niedriger Warenbestände wollten die Großhändler mehr Ware ordern als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Auch die Personalpläne waren auf Expansion ausgerichtet. Nach Auffassung der Firmen werden sich in den nächsten Monaten Spielräume für Preisanhebungen ergeben.

Produktionsverbindungshandel im Aufwärtstrend

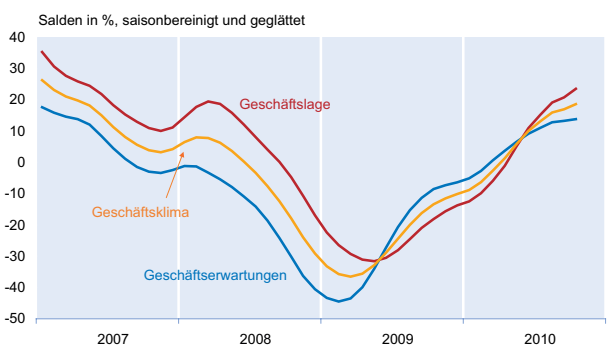
Die im Rahmen des ifo Konjunkturtests geäußerten Erwartungen des Produktionsverbindungshandels deuten auf eine Verbesserung der Geschäftslage hin. Die Zuversicht der Unternehmen basiert unter anderem auf der Entwicklung einer wichtigen Kundengruppe des Produktionsverbindungshandels, des verarbeitenden Gewerbes. In diesem Bereich hat sich die Auslastung der Fertigungskapazitäten binnen Jahresfrist von 72,9 auf 83,6% erhöht; die Hersteller rechnen mit einer Fortsetzung der Aufwärtsentwicklung und planen, die Produktion auszuweiten. Das dürfte sich weiter positiv auf die Nachfrage nach Rohstoffen und Halbwaren bei den einschlägigen Großhandelssparten auswirken. Auch die Händler mit Investitionsgütern dürften von der günstigeren Geschäftslage der Industrieunternehmen profitieren. Allerdings wird die Erweiterung der Produktionskapazitäten als Investitionsmotiv auch zukünftig nur eine geringe Rolle spielen. Die Hersteller werden wohl eher Ersatz- und Rationalisierungsinvestitionen zur Stärkung ihrer Wettbewerbsfähigkeit durchführen. Auch für den gesamten baunahen Großhandel ist ein Umsatzanstieg zu erwarten. Die einzelnen Sparten dieses Bereichs werden sich jedoch recht unterschiedlich entwickeln. Die im Wohnungsbau engagierten Großhändler können für die Jahre 2010 und 2011 von positiven Impulsen ausgehen. Eine steigende Nachfrage, speziell zur Durchführung von Maßnahmen der energetischen Sanierung, wird durch die erwartete günstige Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt und günstige Finanzierungsbedingungen angeregt. Die Bauinvestitionen der gewerblichen Wirtschaft legen seit Beginn dieses Jahres zu. Dafür dürften Projekte eine Rolle spielen, die angesichts der Finanzkrise zurückgestellt wurden und nun bei steigender Kapazitätsauslastung und verbesserten Absatzchancen realisiert werden. Auch im Jahr 2011 werden die

Abb. 13
Geschäftsentwicklung im Großhandel



Quelle: ifo Konjunkturtest.

Abb. 14
Geschäftsentwicklung im Produktionsverbindungshandel



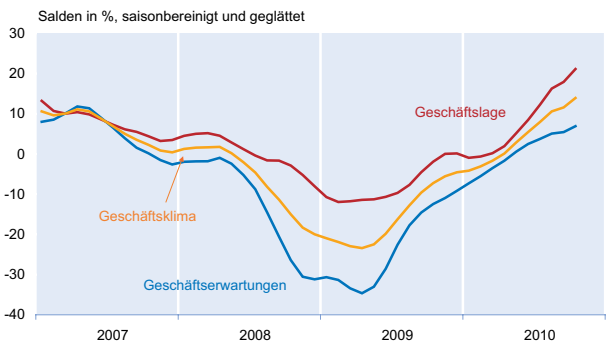
Quelle: ifo Konjunkturtest.

gewerblichen Bauinvestitionen moderat zunehmen. Baumaßnahmen der öffentlichen Hand werden aufgrund der Mittel, die im Rahmen der Konjunkturpakete bereitgestellt sind, im Jahr 2010 weiter zunehmen. Da diese Programme im Jahr 2011 auslaufen, ist dann mit einem deutlichen Rückgang der öffentlichen Bauinvestitionen zu rechnen. Insgesamt werden die Umsätze des Produktionsverbindungshandels im Jahr 2010 das Vorjahresergebnis deutlich übertreffen. Auch für das Jahr 2011 ist ein Anstieg zu erwarten, wenngleich die Auftriebskräfte nachlassen werden.

Konsumgütergroßhandel zuversichtlich

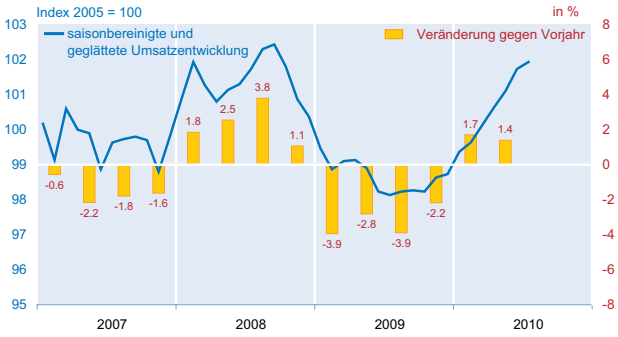
Den Meldungen des Konsumgütergroßhandels zufolge hat sich die Geschäftslage im Laufe des ersten Halbjahres 2010 tendenziell verbessert. Im dritten Quartal und zu Beginn des vierten Quartals bewerteten die Unternehmen ihre aktuelle Situation überwiegend positiv. Der weiteren Entwicklung sahen die Unternehmen im Oktober zuversichtlich entgegen. Für das gesamte Jahr 2010 ist von Umsätzen auszugehen, die das Ergebnis des Vorjahres übertreffen. Dabei werden die Großhändler im Konsumgüterbereich von einem wieder stärker steigenden verfügbaren Einkommen profitieren, das die Kaufbereitschaft der Letztverbraucher beflügeln wird. Zusätzliche Umsätze im Einzelhandel werden relativ rasch auf die Absatztätigkeit der Konsumgütergroßhändler durchschlagen. Die erhöhte Lieferbereitschaft der Großhändler hat ihre Kunden auf der Einzelhandelsstufe bewogen, ihre Warenlager und den Kapitaleinsatz dafür gering zu halten. Ohne größere Preisreduzierungen vornehmen zu müssen, können die Einzelhändler damit kurzfristig auf modische und technische Veränderungen in ihren jeweiligen Produktsegmenten reagieren. Die Umsatzentwicklung des Konsumgütergroßhandels dürfte im Jahr 2011 angesichts weiterer, wenn auch abgeschwächt zunehmender Nettolöhne und -gehälter und steigender Einkommen aus Gewinnen und Vermögen moderat aufwärts gerichtet bleiben.

Abb. 15
Geschäftsentwicklung im Konsumgütergroßhandel



Quelle: ifo Konjunkturtest.

Abb. 16
Entwicklung der nominalen Umsätze im Einzelhandel



Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts.

Einzelhandelsumsätze im Aufwärtstrend

Die Umsätze des Einzelhandels (ohne Kraftfahrzeughandel) haben sich nach dem rezessionsbedingten Rückgang in der zweiten Jahreshälfte 2009 wieder etwas erholt. Die Aufwärtsentwicklung setzte sich im ersten Halbjahr 2010 verstärkt fort. Im gesamten Jahr 2009 erzielten die Einzelhändler den Daten des Statistischen Bundesamtes zufolge ein um 3,2% niedrigeres nominales Umsatzergebnis als im Jahr davor. Dieses Minus ist jedoch teilweise auf gesunkene Verkaufspreise zurückzuführen. Real ergab sich ein Rückgang um 2,5%. In den ersten beiden Tertialen des Jahres 2010 verzeichnete der Einzelhandel Umsätze die das Ergebnis des entsprechenden Vorjahreszeitraums nominal um 2,2 und real um 1,1% übertrafen.

Etwa genauso stark wie im Durchschnitt des gesamten Einzelhandels erhöhten sich die Umsätze im stationären Einzelhandel (nominal: + 2,2%; real: + 1,4%). Im Versand- und Internethandel blieben die Umsätze von Januar bis August nominal um 1,8 und real um 2,3% hinter dem Vorjahresergebnis zurück.

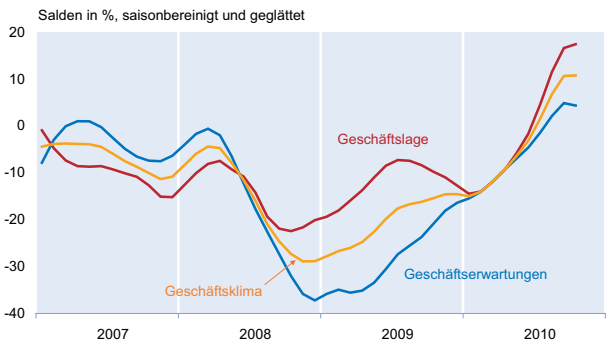
Innerhalb des stationären Einzelhandels bestehen zwischen den verschiedenen Sparten beachtliche Unterschiede. Wesentlich besser als in den ersten acht Monaten des Vorjahres haben beispielsweise die Einzelhändler mit kosmetischen Erzeugnissen und Körperpflegemitteln abgeschnitten. Sie übertrafen das damalige Umsatzergebnis nominal um 8,4 und real um 8,8%. Ein nominales Umsatzplus von 7,6% ergab sich für den Einzelhandel mit medizinischen und orthopädischen Erzeugnissen; real bedeutet das einen Anstieg um 7,4%. Nominale Umsatzeinbußen musste der Facheinzelhandel mit Nahrungs- und Genussmitteln hinnehmen (nominal: – 0,7%; real: – 1,4%). Außerdem verzeichneten auch die sonstigen Sortimenter (hauptsächlich Non-Food), zu denen die Warenhäuser und Kaufhäuser gehören, einen erneuten Umsatzrückgang (nominal: – 0,3%; real: – 0,9%).

Das aus Erhebungsergebnissen des ifo Konjunkturtests ermittelte Geschäftsklima setzte in den ersten zehn Monaten des Jahres 2010 die Mitte 2009 eingetretene Aufwärtsentwicklung fort, was auf die Entwicklung beider Komponenten zurückzuführen ist. Die Einzelhändler bewerteten die Geschäftslage nach einer deutlichen Verbesserung seit dem Frühjahr im Oktober 2010 überwiegend als gut und die Perspektiven der Unternehmen haben sich aufgehellt. Die zuversichtlichen Erwartungen sind inzwischen leicht in der Überzahl; noch im Juni haben die Firmen ihre Aussichten überwiegend pessimistisch eingeschätzt. Die Einzelhändler gingen für die kommenden Monate also eher von einer Verbesserung der Geschäftslage aus. Dementsprechend korrigierten sie ihre Bestellpläne nach oben und wollten kaum noch weniger Ware ordern als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Die Beschäftigtenpläne deuten auf eine Erhöhung des Personalstands hin. Die Unternehmen des Einzelhandels sahen nach dem leichten Rückgang der Verkaufspreise in den zurückliegenden Monaten für die nahe Zukunft vermehrt Spielräume für Preisanhebungen.

Günstige Perspektiven

Außer den Erwartungen der Einzelhändler deuten auch wichtige gesamtwirtschaftliche Einflussfaktoren für das Jahr 2010 auf einen im Vergleich zum Vorjahr höheren Umsatz hin. Eine wesentliche Rolle spielt dabei die Verbesserung des Arbeitsmarktes. Dabei nimmt das Arbeitsvolumen zu. Löhne und Gehälter werden steigen und neben den steuerlichen Entlastungen der privaten Haushalte zu einer Zunahme des verfügbaren Einkommens beitragen. Für den nominalen privaten Verbrauch ist von einer Zunahme auszugehen. Auch die Einzelhandelsumsätze werden steigen; sie werden im Jahr 2010 nominal um etwa 2,5% höher sein als im Vorjahr. Das entspricht einem realen Anstieg um rund 1,5%. Damit gelingt es dem Einzelhandel jedoch nicht, den rezessionsbedingten Umsatzrückgang im Vorjahr vollständig zu kompensieren. Im kommenden Jahr werden die Löhne und Gehälter weiter expandieren und auch die entnommenen Gewinne und Vermögenseinkommen werden kräftig zunehmen. Dagegen ist angesichts der erwarteten Verringerung der Arbeitslosigkeit und der daran gekoppelten Transferzahlungen mit einem Rückgang der monetären Sozialleistungen zu rechnen. Hinzu kommen fiskalische Konsolidierungsmaßnahmen. Alles in allem wird das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte steigen. An der erhöhten Konsumfähigkeit dürfte auch der Einzelhandel partizipieren. Seine Umsätze werden leicht zunehmen.

Abb. 17
Geschäftsentwicklung im Einzelhandel



Quelle: ifo Konjunkturtest.

Über die Bedeutung des Handels in Deutschland und aktuelle Entwicklungen referierte *Heinz Pfeiffer* von der Metro AG, Düsseldorf. Herr Pfeiffer demonstrierte die gesamtwirtschaftliche Bedeutung des Handels anhand einiger Fakten. Im Jahr 2009 erwirtschaftete der Handel etwa 10% der Bruttowertschöpfung. Allein im Einzelhandel setzen ca. 400 000 Unternehmen pro Jahr Waren im Wert von rund 400 Mrd. Euro um und beschäftigen etwa 2,9 Mill. Personen. In den zurückliegenden zehn Jahren standen die Einzelhändler einer weitgehend stagnierenden Konsumgüternachfrage gegenüber. Da sich die Verkaufsfläche im Zuge der Errichtung großflächiger Geschäftstypen erhöhte, verringerte sich im Einzelhandel insgesamt die Flächenproduktivität. Um die Attraktivität der Geschäfte sowie die Kundenbindung zu erhöhen, haben die Unternehmen weitere Maßnahmen ergriffen. Von besonderer Bedeutung ist dabei speziell bei den Filialsystemen des Lebensmitteleinzelhandels das Angebot von Handelsmarken. Dieses Instrument nutzen sie, um sich mit preislich besonders attraktiven Angeboten von den Wettbewerbern absetzen zu können. Handelsmarken sichern den Anbietern eine gewisse Exklusivität am Markt. Die starke Identifikation der Verkaufsstätte mit ihren eigenen Marken setzt eine besondere Sorgfalt voraus, etwa hinsichtlich der Qualitätskontrolle und der marketingpolitischen Betreuung. Vor allem discountierende Betriebsformen haben sich in der Vergangenheit mit Handelsmarken im Preiseinstiegssegment unverwechselbar positioniert. Das führte dazu, dass derzeit 75% ihres Umsatzes mit Handelsmarken erfolgt und nur 25% mit Herstellermarken. Bei den übrigen Geschäftsformaten des Lebensmitteleinzelhandels werden dagegen 20% des Umsatzes mit Handelsmarken erzielt und 80% mit Herstellermarken. Die verstärkten Bemühungen der Geschäfte im Lebensmitteleinzelhandel auch außerhalb des Discountbereichs um preisliche Wettbewerbsfähigkeit werden zu einer weiteren Vermischung der Angebotstypen führen. Dabei werden auch die Vollsortimenter ihre Preiswürdigkeit vermehrt mit günstigen Handelsmarken unter Beweis stellen. Vorbei scheinen allerdings die Zeiten, in denen sich die Eigenmarken auf den Preiseinstiegsbereich beschränkten und zu Recht als phantasielose Plagiate, billige Nachahmerprodukte oder innovationsarme Me-Too-Produkte angesehen werden durften. Die starke Identifikation der Geschäfte mit »ihren« Marken wird nicht nur Sortimenter, sondern auch discountierende Geschäfte dazu motivieren, mit

Handelsmarken in den mittel- und höherpreisigen Produktbereichen vertreten zu sein. Die Handelsunternehmen profilieren sich darüber hinaus immer stärker mit professionellen Markenkonzepten. So haben die Lebensmitteldiscounter, die Verbrauchermarktunternehmen und die Drogeriemarktbetreiber schon seit Längerem ihre dereinst anspruchslosen Basissortimente um warengruppenübergreifende Markendächer ergänzt, beispielsweise in den Kategorien biologische Nahrungsmittel, Naturkosmetik oder Wellness. Auch die Supermarktbetreiber wollen nun die Möglichkeit der Handelsmarkenpolitik besser nutzen, überarbeiten das Qualitäts- und Leistungsprofil ihrer eigenen Marken und positionieren sie als Produkte mit günstiger Preis-Leistungs-Relation im Vergleich zu den entsprechenden Herstellermarken. Neben den Preiseinstiegsmarken, denen sie einen modernen Marktauftritt verpassen, haben sie auch Premiummarken kreiert. Insgesamt wird die Bedeutung der Handelsmarken im Lebensmitteleinzelhandel in den kommenden Jahren zunehmen und dazu führen, dass sich ihr Anteil im Discountbereich bis zum Jahr 2015 auf 85% erhöhen wird. In den sonstigen Geschäftsformaten wird er, Herrn Pfeiffer zufolge, auf 40% steigen. Um Konsumenten mit unterschiedlichen Informations- und Einkaufspräferenzen als Kunden zu gewinnen, nutzen insbesondere die großen Unternehmen des Handels verschiedene Kanäle. Vor allem der Anteil der Firmen, die ihre Produkte neben herkömmlichen Vertriebswegen auch über das Internet verkaufen, hat zugenommen. Laut Herrn Pfeiffer nutzen die Kunden beim Kauf von unterhaltungselektronischen Geräten zunehmend das Internet (Onlineshops, Hersteller-Websites, Foren, Communities etc.) als Informationsquelle.

Nils Busch-Petersen vom Handelsverband Berlin-Brandenburg (HBB) berichtete über die Berliner Situation des Handels. Die Struktur des Einzelhandels ist einerseits durch zahlreiche kleine Betriebe und andererseits durch Filialen von Warenhäusern geprägt. Mittelständische Unternehmen fehlen weitgehend. In den sechziger, siebziger und achtziger Jahren hat sich die Betriebsstruktur des Einzelhandels kaum verändert. Dementsprechend gibt es nur wenige Fachmärkte. Herrn Busch-Petersen zufolge tendierten die Umsätze des Einzelhandels im engeren Sinne in den neunziger Jahren nach dem Wiedervereinigungsboom nach unten. Diese Entwicklung hielt auch in den ersten Jahren nach der Jahrhundertwende an. Im Jahr 1992 setzten die Unternehmen Waren im Wert von 14,14 Mrd. Euro um, elf Jahre später beliefen sich die Umsätze auf 11,99 Mrd. Euro. Auch die Zahl der Beschäftigten sank von 101 000 auf 64 300. Im gleichen Zeitraum expandierte die Verkaufsfläche. Nach rund 2,7 Mill. qm Verkaufsfläche Anfang der neunziger Jahre belief sich die Verkaufsfläche im Berliner Einzelhandel im Jahr 2003 auf 4,1 Mill. qm. Diese Daten weisen auf den beachtlichen Strukturanpassungsprozess hin, der den Einzelhandel in dieser Zeit geprägt hat. Auch in den darauffolgenden Jahren nahm die Verkaufsfläche im Einzelhandel zu. Im Jahr 2009 verfügte der Berliner Einzelhandel über eine Verkaufsfläche von 4,84 Mill. qm. Es entstanden zahlreiche Discountfilialen der verschiedenen Unternehmen, sowie Shoppingcenter und SB-Warenhäuser. Die Dynamik im Einzelhandel steht nach Herrn Busch-Petersen vor allem in den zurückliegenden Jahren in Verbindung mit der zunehmenden Bedeutung des Tourismus für Berlin. Dies darf als Ergebnis einer umfassenderen Vermarktung Berlins als Touristenattraktion durch den »Runden Tisch Tourismus« verstanden werden, der Kräfte aus den Bereichen Tourismus, Kultur, Wirtschaft und Wissenschaft bündelt. Die Übernachtungen haben seit dem Jahr 2004 von 13,3 Mill. auf 18,9 Mill. zugenommen. In dieser Zeit hat sich der Umsatzanteil, den der Berliner Einzelhandel mit in- und ausländischen Tagestouristen und Übernachtungsgästen erzielt, von 18 auf 24% erhöht.

Branchenforum 3: Konjunkturelle Entwicklung im Bausektor

Erich Gluch und Ludwig Dorffmeister

Im einleitenden Referat ging *Erich Gluch,* ifo Institut, zunächst auf die aktuellen Ergebnisse des ifo Konjunkturtests im gewerblichen Hochbau ein. Danach verschlechterte sich die Geschäftslage der befragten Unternehmen lediglich über einen Zeitraum von rund einem Jahr – vom Sommer 2008 bis zum Sommer 2009. Bereits seit Mitte 2009 hellten sich die Geschäftsaussichten für das nächste halbe Jahr langsam auf, und seit Beginn dieses Jahres zeigt sich auch die Geschäftlage sichtlich verbessert. Auch die freischaffenden Architekten konnten bereits ab dem 4. Quartal 2009 wieder zunehmende Auftragseingänge von Seiten der Unternehmen registrieren.

Das rasche Anspringen der gewerblichen Baunachfrage kam für so gut wie alle Beobachter recht überraschend. Doch die entsprechenden Gründe für diese positive Entwicklung können nunmehr nachgeliefert werden. So zeigte sich, dass in etlichen Fällen Projekte, die 2007 und 2008 bereits geplant waren – und die wegen des Nachfrageeinbruchs im Gefolge der Wirtschafts- und Finanzkrise zunächst zurückgestellt worden waren – nunmehr realisiert wurden. Daneben hielt der Prozess der Rückverlagerung von Kapazitäten aus dem Ausland an. Vor allem im vorigen Jahrzehnt wurden Produktionsbereiche nach Osteuropa oder China »ausgelagert«, da dort zu deutlich geringeren Kosten produziert werden konnte. Da die Personalkosten in diesen Ländern deutlich gestiegen sind, ist dieser Kostenvorteil mittlerweile stark geschrumpft. Die Unternehmen reduzieren daher in vielen Fällen ihre Kapazitäten so weit, wie sie gerade noch für die jeweilige Marktversorgung notwendig sind.

Gewerbliche Baunachfrage zieht überraschend schnell wieder an

Der wesentliche Impuls dürfte jedoch von der raschen gesamtwirtschaftlichen Erholung ausgegangen sein. Nach der Überbrückung der kritischen Phase des Konjunktureinbruchs mit Hilfe der staatlichen Ausweitung des Kurzarbeitergeldes werden nun – bei steigender Kapazitätsauslastung und verbesserten Absatzerwartungen – wieder häufiger Baumaßnahmen in Angriff genommen. Die Rückführung der Kurzarbeit sowie Neueinstellungen haben zu einer spürbaren Verbesserung des Arbeitsmarktes geführt; die Arbeitslosenquote dürfte sowohl in diesem Jahr als auch 2011 um jeweils rund einen halben Prozentpunkt zurückgehen. Die anziehende Konsumnachfrage wird vor allem die Bautätigkeit in den konsumnahen Bereichen anregen. Die gewerblichen Bauinvestitionen werden daher

Tab. 3
Bauinvestitionen in Deutschland nach Bauarten 2003 bis 2012
Verkettete Volumenangaben in Mrd. € (Referenzjahr: 2000)

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010[a]	2011[a]	2012[a]
Wohnungsbau	**123,4**	**119,8**	**115,2**	**121,5**	**119,3**	**118,1**	**116,7**	**121,4**	**125,0**	**127,6**
Nichtwohnbau	**90,29**	**85,66**	**84,01**	**87,46**	**88,62**	**92,25**	**90,55**	**93,3**	**93,5**	**93,7**
davon:										
gewerblicher Bau	**62,20**	**59,10**	**58,53**	**61,44**	**63,23**	**66,69**	**64,18**	**65,5**	**66,5**	**67,8**
– gew. Hochbau	46,02	43,70	42,90	44,99	46,75	50,10	47,99	48,7	49,4	50,4
– gew. Tiefbau	16,19	15,42	15,65	16,47	16,48	16,57	16,17	16,8	17,1	17,4
öffentlicher Bau	**28,09**	**26,56**	**25,48**	**26,01**	**25,39**	**25,57**	**26,38**	**27,8**	**27,0**	**25,9**
– öff. Hochbau	9,58	8,89	8,63	8,98	9,13	9,40	10,38	11,1	10,7	10,1
– öff. Tiefbau	18,51	17,68	16,86	17,03	16,25	16,15	15,97	16,7	16,3	15,8
Insgesamt	**213,7**	**205,4**	**199,2**	**208,9**	**207,9**	**210,4**	**207,2**	**214,7**	**218,5**	**221,3**
	Reale Veränderung gegenüber Vorjahr in %									
	2003	**2004**	**2005**	**2006**	**2007**	**2008**	**2009**	**2010[a]**	**2011[a]**	**2012[a]**
Wohnungsbau	**– 1,0**	**– 2,9**	**– 3,8**	**5,4**	**– 1,8**	**– 0,9**	**– 1,2**	**4,0**	**3,0**	**2,0**
Nichtwohnbau	**– 2,5**	**– 5,1**	**– 1,9**	**4,1**	**1,3**	**4,1**	**– 1,8**	**3,0**	**0,2**	**0,3**
davon:										
gewerblicher Bau	**– 3,1**	**– 5,0**	**– 1,0**	**5,0**	**2,9**	**5,5**	**– 3,8**	**2,0**	**1,5**	**2,0**
– gew. Hochbau	– 4,6	– 5,0	– 1,8	4,9	3,9	7,2	– 4,2	1,5	1,5	2,0
– gew. Tiefbau	1,8	– 4,8	1,5	5,3	0,1	0,5	– 2,4	3,9	1,5	2,0
öffentlicher Bau	**– 1,4**	**– 5,4**	**– 4,1**	**2,1**	**– 2,4**	**0,7**	**3,2**	**5,5**	**– 3,0**	**– 4,0**
– öff. Hochbau	– 4,0	– 7,2	– 2,9	4,1	1,7	3,0	10,4	7,0	– 3,5	– 5,5
– öff. Tiefbau	0,1	– 4,5	– 4,6	1,0	– 4,6	– 0,6	– 1,1	4,5	– 2,5	– 3,0
Insgesamt	**– 1,6**	**– 3,9**	**– 3,0**	**4,9**	**– 0,5**	**1,2**	**– 1,5**	**3,6**	**1,8**	**1,3**

[a] Prognose des ifo Instituts. – Hinweis: Bauinvestitionen, bereinigt um die Immobilientransaktionen zwischen Staats- und Unternehmenssektor.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts.

sowohl in diesem Jahr (+ 2%) als auch 2011 (+ 1½%) steigen (vgl. Tab. 3).

Auch im öffentlichen Hochbau verbesserten sich im Verlauf des Jahres die Urteile zur aktuellen Geschäftslage. Hinsichtlich der weiteren Entwicklung war jedoch zunehmende Skepsis zu beobachten. Die Auftragseingänge bei den Architekten lagen im ersten Halbjahr 2010 unter dem Niveau des Vorjahres. Der Index des Auftragseingangs für das Bauhauptgewerbe für das 2. Quartal 2010 übertraf im öffentlichen Hochbau allerdings den Wert des Vorjahres um 10%.

Der öffentliche Bau wird sich in diesem Jahr positiv entwickeln, nachdem bereits 2009 ein Anstieg der Bauinvestitionen in Höhe von 3,2% verzeichnet werden konnte. Diese positive Entwicklung ist ausschließlich auf die Stimulierung durch die Konjunkturpakete I und II zurückzuführen. Die öffentlichen Hände schränkten nämlich von 1995 bis 2005 – mit Ausnahme einer kleinen Erholung in 1999 (+ 0,6%) – ihre Bauaktivitäten kontinuierlich ein. Erst als 2006 die Steuereinnahmen wieder stärker sprudelten erhöhten sie auch wieder ihre Baubudgets. Mit dem dramatischen Einbruch der Gewerbesteuer, ihrer wichtigsten Einnahmequelle, wären die Bauinvestitionen in 2009 wohl rigoros zusammengestrichen worden. Die im Rahmen des Zukunftsinvestitionsgesetzes bereit gestellten Mittel waren somit absolut erforderlich, um einen scharfen Einbruch in der Bauwirtschaft zu verhindern.

Bereits im vorigen Jahr zeigte sich, dass die im Hochbau tätigen Unternehmen deutlich mehr von den vom Bund initiierten Programmen profitierten als die Tiefbaufirmen. Dieser Trend setzt sich auch in diesem Jahr fort. Obwohl es auch einiges an den Programmen zu kritisieren gäbe, muss konstatiert werden:

- Die Programmgelder konnten relativ rasch und mit vertretbarem bürokratischem Aufwand in Baumaßnahmen umgesetzt werden.
- Die – hauptsächlich von den Kommunen – gewählten Schwerpunkte der Baumaßnahmen betrafen vor allem den Hochbau. Bei einer weiteren Differenzierung zeigt sich, dass rund die Hälfte der Programmmittel in Schulen investiert wurde, so gut wie ausschließlich in Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen. Das heißt, dass vor allem kleinere Betriebe und Handwerksfirmen Aufträge erhielten.

Zusätzlichkeitskriterium verliert Wirkung

Das Konjunkturpaket II hätte zu einem noch größeren Erfolg führen können, wenn es am 21. April 2010 nicht zu einer Aufweichung des ursprünglich geforderten summenbezogenen Zusätzlichkeitskriteriums gekommen wäre. Die Zustimmung im Bundestag erfolgte quasi als »Gegenleistung« für die Zustimmung der Länder zum sog. Wachstumsbeschleunigungsgesetz. Die Wirkungen des Konjunkturpakets II wurden damit deutlich reduziert. Und um später keine aufwendigen Überprüfungen durchführen zu müssen, wurde die Gesetzesänderung rückwirkend in Kraft gesetzt – zum 6. März 2009, dem Zeitpunkt des Inkrafttretens des Zukunftsinvestitionsgesetzes.

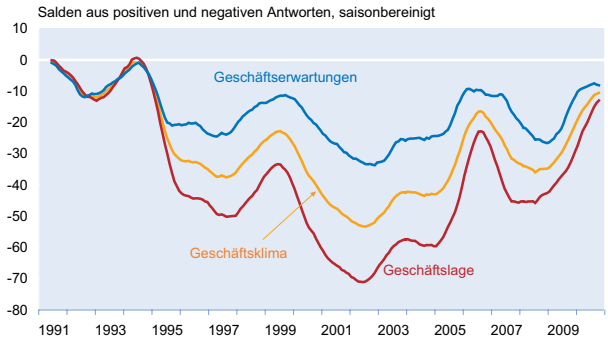
Nicht nur aus diesem Grund dürften die öffentlichen Bauinvestitionen – nach einem deutlichen Anstieg in diesem Jahr (+ 5½%) – bereits in 2011 wieder rückläufig sein (– 3%). Selbst etliche Projekte, deren Fertigstellung noch bis ins Jahr 2011 hineinreichen wird, werden an dieser Entwicklung nichts ändern können.

Das Geschäftsklima im Wohnungsbau ist nach den Umfrageergebnissen des ifo Konjunkturtests ausgesprochen gut (vgl. Abb. 18). Derart erfreuliche Werte konnten letztmals in der ersten Hälfte der neunziger Jahre beobachtet werden. Dies ist lediglich durch den erheblichen Bedeutungsgewinn der Bestandsmaßnahmen erklärbar. Diese stiegen in den letzten 15 Jahren – nahezu kontinuierlich – um rund 2½% p.a. und dominieren nunmehr das Baugeschehen. Denn vor gut 1½ Jahrzehnten wurden im Durchschnitt gut 450 000 Wohnungen pro Jahr fertig gestellt, während es in den letzten Jahren nicht einmal durchschnittlich 200 000 waren.

Der vorsichtige Aufwärtstrend bei den neu hereingenommenen Aufträgen zur Planung von Ein- und Zweifamilienhäusern, der sich bei den freischaffenden Architekten bereits seit dem Herbst abzeichnete, verstärkte sich im Verlauf des ersten Halbjahres 2010 sogar noch. Die Planungsaufträge für Mehrfamiliengebäude dümpelten dagegen seit Jahren auf einem überaus niedrigen Niveau dahin. Aber auch hier setze zu Beginn des Jahres eine merkliche Belebung ein.

Bis zum Ende der neunziger Jahre bewegten sich die Wohnungsbauinvestitionen noch auf einem hohen Niveau. Hier-

Abb. 18
Lage, Erwartungen und Klima im Wohnungsbau 1991–2010



Quelle: ifo Konjunkturtest.

für waren zunächst umfangreiche Baumaßnahmen in Ostdeutschland verantwortlich. In die Abschwächung der Nachfrage hinein erfolgte nahezu nahtlos eine neue Stimulierung in Form der Einführung der Eigenheimzulage. Diese, von steuerlichen Effekten losgelöste, Form der Eigenheimförderung entwickelte sich zu einem echten »Renner«. Zusammen mit den Mitteln aus der früheren Förderung nach den §§ 10e und 34f EStG belasteten diese in den Wohnungsbau fließenden Gelder den Finanzhaushalt mit durchschnittlich rund 10 Mrd. Euro in den Jahren 1999 bis 2006. Dennoch gingen allein in den sechs Jahren zwischen 2000 und 2005 die Investitionen in Wohngebäude um über ein Fünftel zurück.

Neubauförderung rigoros abgespeckt

Mit der Abschaffung der Eigenheimzulage sowie der degressiven AfA seit 2006 hat sich der Staat nunmehr so gut wie komplett aus der Förderung des Wohnungsneubaus zurückgezogen. Die Verlängerung der sog. Spekulationsfrist von zwei auf zehn Jahre sowie die Rückführung des sozialen Wohnungsbaus auf eine bescheidene Restgröße erfolgte bereits etliche Jahre zuvor. Neben einigen Landesprogrammen stimuliert der Staat somit nur noch über die Neubauprogramme der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) sowie indirekt über das Wohngeld, die Bausparprämien und den sog. »Wohn-Riester« – allerdings nur in nur noch marginalem Umfang. Auch in den beiden Konjunkturpaketen waren keine Mittel vorgesehen, die den Wohnungsneubau beleben hätten können.

Die Wohnungsbauinvestitionen haben jedoch in der ersten Hälfte dieses Jahres deutlich zugelegt. Dies dürfte nicht unwesentlich an der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung gelegen haben. So verringerte sich mit dem deutlichen Anspringen des Konjunkturmotors die Arbeitsplatz- und Einkommensunsicherheit der privaten Haushalte. Hinzu kamen die weiterhin günstigen Finanzierungskonditionen. Mittlerweile haben etliche Unternehmen die tariflich vereinbarten Lohnerhöhungen um einige Monate vorgezogen. Und selbst hochrangige Politiker verschiedener Parteien fordern höhere Lohnabschlüsse bei den nächsten Tarifverhandlungen.

Insbesondere in den wachstumsstarken Ballungsräumen bewegen sich die Mieten nach oben und steigen die Immobilienpreise. Über viele Jahre hinweg hatten sich Wohnungssuchende an quasi stabile Preise gewöhnt. Der Wohnungsnachfrage fehlte somit eine »Wertsteigerungsphantasie«. Nunmehr haben insbesondere private Investoren die Immobilie wiederentdeckt, wenngleich ihr Augenmerk nicht auf den Neubau sondern ganzer Mietshäuser gerichtet ist, die bereits am Markt sind. Zum einen wurde ihnen in den letzten Jahren das Risiko von Finanzanlagen sehr hautnah vorgeführt, zum anderen sind die Renditen von gut vermieteten Mehrfamilienhäusern heute leicht doppelt so hoch wie die Renditen von deutschen Staatsanleihen.

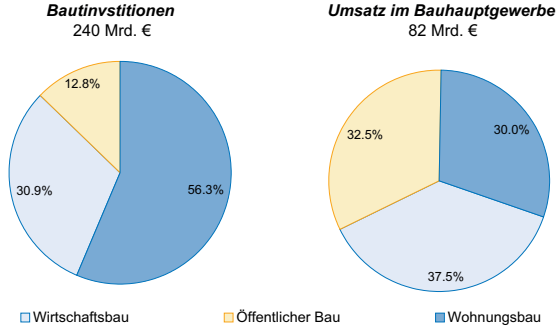
Der Wohnungsbau dürfte 2010 – und auch 2011 – stark von den angesprochenen positiven Einflussfaktoren geprägt sein. Auch die Bestandsmaßnahmen dürften weiterhin auf einem hohen Niveau verharren. Die gesamten Wohnungsbauinvestitionen werden voraussichtlich in diesem Jahr um rund 4% steigen und 2011 noch ein respektables Wachstum aufweisen (+ 3%).

Bauinvestitionen fast dreimal so hoch wie Umsätze im Bauhauptgewerbe

Heinrich Weitz, Leiter der Abteilung »Volkswirtschaftliche Grundsatzfragen« beim Hauptverband der Deutschen Bauindustrie e.V., machte zu Beginn seines Vortrags auf die Unterschiede zwischen den amtlichen Bauinvestitionen und den Umsatzzahlen für das Bauhauptgewerbe aufmerksam. 2009 beliefen sich die Bauinvestitionen in Deutschland auf rund 240 Mrd. Euro. Mehr als die Hälfte davon entfiel auf Wohnungsbauaktivitäten, etwa 30% auf den Wirtschaftsbau und knapp 13% auf den öffentlichen Bau (vgl. Abb. 19). Für die Firmen des Bauhauptgewerbes hat der Wohnungsbau mittlerweile jedoch die geringste Bedeutung. Sein Anteil an den gesamten Umsätzen in Höhe von etwa 82 Mrd. Euro betrug lediglich 30%. Mit fast 38% ist der Wirtschaftsbau deutlich wichtiger. Der öffentliche Bau kommt auf einen Anteil von knapp einem Drittel.

Nach vielen Jahren der Schrumpfung verspürt der Wohnungsbau aktuell eine leichte Belebung. Seit dem 3. Quartal 2009 entwickeln sich die Genehmigungszahlen – sowohl für Ein- und Zweifamiliengebäude als auch für Mehrfamiliengebäude – wieder nach oben. Im Vorquartalsvergleich werden seitdem nicht selten prozentuale Anstiege im zweistelligen Bereich beobachtet. Dies liegt aber vor allem an den immer noch extrem niedrigen Genehmigungs-

Abb. 19
Bedeutung der Bausparten 2009



Quelle: Statistisches Bundesamt.

zahlen. Auch die absolute Zunahme der Baugenehmigungen bleibt überschaubar. 2009 wurden rund 153 700 Wohnungen in zu neu errichtenden Wohngebäuden genehmigt – lediglich 5 400 Einheiten mehr als 2008.

Zwar sind die Zinsen für Wohnungsbaukredite derzeit auf einem historisch niedrigen Niveau und die ebenfalls sehr geringen Umlaufrenditen deutscher Staatsanleihen dürften sicher zu höheren Investitionen in Sachwerte wie Immobilien führen. Eine landesweit steigende Nachfrage nach Neubauwohnungen ist allerdings bislang nicht auszumachen. Vielmehr belebt sich der Markt in einigen Wachstumsregionen, Gebiete mit Bevölkerungsschwund zeigen hinsichtlich der Neubautätigkeit kaum eine Erholung. In den ersten acht Monaten 2010 wurden im gesamten Bundesgebiet ca. 7 400 Wohnungen mehr genehmigt als im Vorjahreszeitraum. Gut 50% dieses Zuwachses entfielen jedoch allein auf die Bundesländer Bayern und Baden-Württemberg.

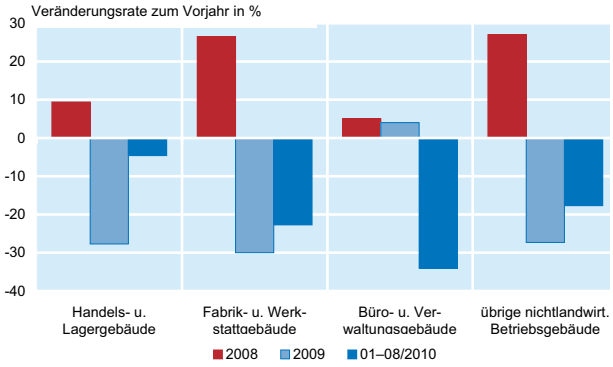
Im gewerblichen Bau dürfte die Krise mittlerweile überwunden sein. Seit dem 1. Quartal 2010 nehmen die Auftragseingänge im Wirtschaftsbau im Vergleich zum Vorjahresquartal wieder zu. Gleichzeitig steigt nach den Ergebnissen des ifo Konjunkturtests die Kapazitätsauslastung im Verarbeitenden Gewerbe kontinuierlich an, was sich positiv auf die Investitionsneigung der Unternehmen auswirkt. Das Bauhauptgewerbe profitiert derzeit unter anderem von zahlreichen bereits 2007 und 2008 genehmigten Neubauprojekten, die zu Krisenzeiten nicht mehr begonnen oder vorübergehend gestoppt wurden. Viele der damals zurückgestellten Projekte wurden mit Beginn der wirtschaftlichen Erholung wieder in Angriff genommen.

Genehmigungen für Handels- und Lagergebäude: nur kleines Minus

Die Genehmigungszahlen zeigen jedoch, dass der Nachschub an Neubauprojekten nachlässt. Bezogen auf die veranschlagten Baukosten waren in den ersten acht Monaten 2010 die Genehmigungen sowohl für Handels- und Lagergebäude, Fabrik- und Werkstattgebäude, Büro- und Verwaltungsgebäude als auch für alle übrigen nichtlandwirtschaftlichen Betriebsgebäude rückläufig. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum entwickelten sich die Handels- und Lagergebäude mit einem Minus von rund 4,5% noch am besten (vgl. Abb. 20).

Die beiden Konjunkturprogramme der Bundesregierung wirken sich nicht nur auf den öffentlichen Bau begünstigend aus. So profitiert der Wirtschaftsbau etwa von zusätzlichen Investitionsmitteln für den Bahnbereich. Der Löwenanteil der für Baumaßnahmen bereitgestellten Gelder wird allerdings für öffentliche Bauprojekte verwendet. Die bisherige Entwicklung zeigt zudem, dass deutlich mehr Ausbauarbeiten durchgeführt werden als ursprünglich angenommen wurde. Entgegen früherer Einschätzungen dürften von den insgesamt rund 23 Mrd. Euro, die bis 2011 den Verkehrswegen, Bundesbauten, dem Bildungssektor, der ländlichen Infrastruktur und verschiedenen KfW-Programmen zugute kommen werden, deutlich weniger als die Hälfte den Firmen des Bauhauptgewerbes zufließen werden. Hauptprofiteure der Programme dürften die Handwerksbetriebe des Ausbaugewerbes sein.

Abb. 20
Genehmigungen[a)] für Nichtwohngebäude



[a)] Veranschlagte Baukosten Neubau.
Quelle: Statistisches Bundesamt.

Während im Rahmen des ersten Konjunkturpakets bis Ende 2009 nahezu die gesamten bereitgestellten Haushaltsmittel (95%) abgerufen worden sind, wiesen die einzelnen Teilbereiche des zweiten Pakets erheblich geringere Abflussquoten auf. Von den für die Bundesverkehrswege bestimmten Geldern wurden im vergangenen Jahr knapp 40% ausgezahlt (vgl. Tab. 4). Bei den Bundesbauten und sowie den

Tab. 4
Abfluss der Investitionsmittel 2009: Freie Mittel für 2010 und 2011

	Programmvolumen (Mill. Euro)	2009		Abflussquote (in %)	Frei für 2010/2011 (Mill. Euro)
		Soll (Mill. Euro)	Ist (Mill. Euro)		
Konjunkturprogramm I	2 000	1 000	944	94,4	1 056
Konjunkturprogramm II	12 750				
davon:					
Bundesverkehrswege	2 000	1 000	392	39,2	1 608
Bundesbauten	750	375	88	23,5	662
Zukunftsinvestitionsprogramm	10 000	5 000	1 258	25,2	8 742
Summe	14 750	7 375	2 682	36,4	12 068

Quelle: BMF.

Programmmitteln aus dem Zukunftsinvestitionsgesetz konnten Abflussquoten von lediglich rund einem Viertel erzielt werden. Da das zweite Konjunkturprogramm bedeutend mehr baurelevante Maßnahmen beinhaltet als das erste, steht für die Jahre 2010 und 2011 noch ein beträchtlicher Mittelumfang zur Verfügung.

Die Abschwächung des Zusätzlichkeitskriteriums dürfte jedoch zu einer wesentlichen Abkühlung des öffentlichen Baus führen. Zwar müssen Projekte, die mit den Programmmitteln finanziert werden, zusätzlich erfolgen. Nach einem Beschluss vom Frühjahr 2010 dürfen die Kommunen diese zusätzlichen Ausgaben aber nunmehr an anderer Stelle einsparen, etwa bei eigenfinanzierten Bauprojekten. Die Zusätzlichkeit ist demnach nur noch als »vorhabenbezogen« zu verstehen. Auf die Gesamtinvestitionen der Kommunen hat diese rechtliche Änderung also einen sichtlich dämpfenden Einfluss.

Betriebe des Ausbaugewerbes profitieren überdurchschnittlich

Der Blick auf die Genehmigungszahlen für Neubau- und Bestandsmaßnahmen sowie auf die Auftragseingänge und die Umsatzentwicklung bei Firmen des Bauhauptgewerbes bestätigt die bereits oben angesprochenen Schwerpunkte der Konjunkturprogramme. Die Maßnahmen fokussieren sich auf Bestandsarbeiten, die vorwiegend von Betrieben des Ausbaugewerbes ausgeführt werden. Das Bauhauptgewerbe profitiert nur unterdurchschnittlich. Zudem ist seit Anfang 2010 von Seiten der öffentlichen Hand keinerlei Stimulierung mehr zu erkennen. Im Bauhauptgewerbe sind die Umsätze mit öffentlichen Bauvorhaben seit Jahresbeginn auf ein deutlich niedrigeres Niveau abgesunken. Zwar profitiert der Hochbau noch etwas von den zusätzlichen Konjunkturmitteln. Die öffentlichen Tiefbaumaßnahmen werden allerdings spürbar zurückgefahren. Zum einen gehen die Mittel aus den Konjunkturprogrammen für den Verkehrsbereich zu Neige. Zum anderen belastet die schwierige Kassensituation der Kommunen.

Die Konjunkturprogramme wurden ursprünglich so zusammengestellt, dass einzelne Teile des Baugewerbes von den staatlichen Zusatzausgaben deutlich stärker profitieren sollten als andere. Die Politik begründete dies mit zwei übergeordneten Zielen: einerseits sollten die Maßnahmen rasch durchgeführt werden können, was zu einer Fokussierung auf Bestandsmaßnahmen führte, andererseits sollte ein spürbarer Fortschritt bei der energetischen Sanierung des öffentlichen Gebäudebestands erreicht werden. Vor allem Schulen, die besonders hohe Defizite aufwiesen, sollten dabei berücksichtigt werden. Dagegen wurde beispielsweise der kommunale Straßenbau bei den Programmen explizit ausgenommen. Doch gerade hier findet sich nach einer Untersuchung des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu) der mit Abstand größte Investitionsstau auf Gemeindeebene.

Markus Schönborn, Abteilungsdirektor Produktentwicklung bei der KfW Bankengruppe, begann seine Ausführungen mit einer kurzen Vorstellung der Kreditanstalt für Wiederaufbau, die 1948 aus der Taufe gehoben wurde. Die Aktivitäten der KfW Bankengruppe lassen sich in fünf Teilbereiche untergliedern, wobei sich drei auf die inländische Förderung und zwei auf internationale Geschäftsfelder konzentrieren. So beschäftigen sich spezialisierte Tochterbanken zum einen mit internationaler Projekt- und Exportfinanzierung und zum anderen mit der Förderung von Entwicklungs- und Transformationsländern. Im Inland kümmert sich die KfW um die Förderung von Existenzgründern, Start-ups sowie des Mittelstands und hilft darüber hinaus etwa bei der Finanzierung kommunaler Infrastrukturprojekte.

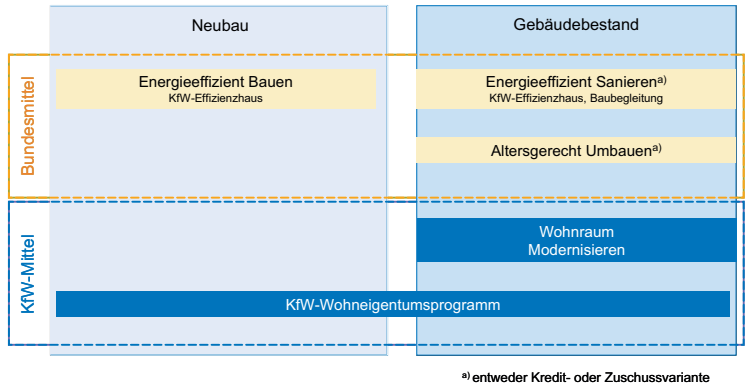
Geschäftsbereich »Privatkundenbank« steuert alle wohnwirtschaftlichen Aktivitäten der KfW

Der Geschäftsbereich »Privatkundenbank« mit Förderangeboten für die Wohneigentumsbildung sowie den energieeffizienten Neubau und die Modernisierung von Wohngebäuden erhält in Zeiten vielbeachteter Energiekonzepte sowie historisch niedriger Wohnungsfertigstellungszahlen eine hohe Aufmerksamkeit. So umfassen dessen Aktivitäten neben der Förderung des Wohnungsneubaus auch die finanzielle Unterstützung von Sanierungsmaßnahmen an bestehenden Wohngebäuden. Die Förderung geschieht einerseits mittels verbilligter Kredite (teilweise mit Tilgungszuschuss), andererseits über Investitionszuschüsse.

Die Refinanzierung der Kreditprogramme erfolgt – auch bei Programmen, die aus Haushaltsmitteln unterstützt werden, – durch die KfW, etwa über die Begebung von Anleihen auf dem internationalen Kapitalmarkt. Dabei erzielt die KfW ausgezeichnete Bewertungen durch die Rating-Agenturen. Durch den Bund als Haupteigentümer fallen bei der Finanzierung an den Kapitalmärkten somit vergleichsweise niedrige Kosten an. Diese spürbaren Finanzierungsvorteile können im Rahmen der Förderprogramme an Privathaushalte, Unternehmen oder Kommunen weitergegeben werden. Der erzielte Refinanzierungsvorteil fließt sozusagen als Basisförderung in die Kreditprogramme. Darüber hinaus erfolgt bei einigen Programmen, wie z.B. dem CO_2-Gebäudesanierungsprogramm des BMVBS (Umsetzung durch das Förderprogramm »Energieeffizient Sanieren«), eine zusätzliche Zinsverbilligung und die Gewährung von Tilgungszuschüssen aus Haushaltsmitteln (vgl. Abb. 21).

Beantragt ein Privatkunde bei seiner Hausbank einen Förderkredit für geplante Baumaßnahmen, so leitet diese den

Abb. 21
Überblick über die wohnwirtschaftlichen Förderprogramme der KfW

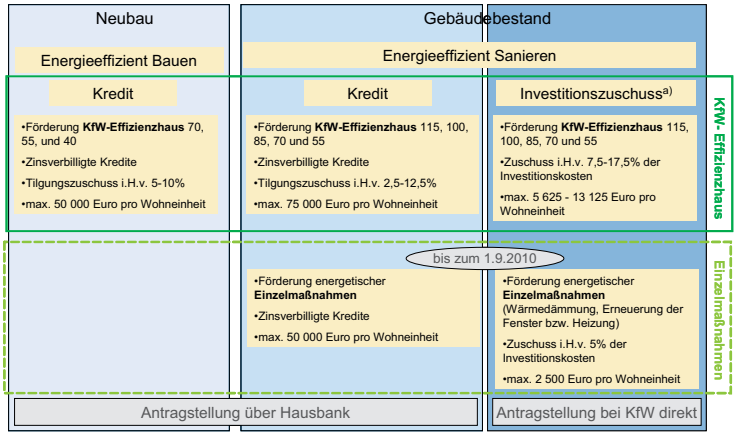


a) entweder Kredit- oder Zuschussvariante

Quelle: KfW.

Antrag an die KfW weiter. Nach Prüfung der Fördervoraussetzungen und Bewilligung der Förderung durch die KfW reicht die Hausbank die KfW-Mittel direkt an den Kunden weiter. Der Kredit erscheint in der Bilanz der Hausbank, die das Ausfallrisiko trägt. Die Entscheidung über die Durchführung der Baumaßnahmen liegt nach wie vor beim privaten Investor. Während bei den Kreditvarianten die Antragstellung über die Hausbank läuft, erfolgt die Antragstellung bei der Zuschussförderung direkt bei der KfW.

Abb. 22
Überblick über die KfW-Programme Energieffizient Bauen bzw. Sanieren



KfW-Effizienzhäuser auf Basis EnEV 2009.

a) für private Eigentümer von Ein- und Zweifamilienhäusern sowie Wohneigentumsgemeinschaften (natürliche Personen).

Quelle: KfW.

Zukünftig keine Förderung von Einzelmaßnahmen mehr

Die Zuschussvariante im Programm »Energieeffizient Sanieren« wird überwiegend für Einzelmaßnahmen bzw. kleinere Investitionen in Anspruch genommen. Zum 1. September 2010 wurde im Rahmen des Programms »Energieeffizient Sanieren« allerdings die Förderung von Einzelmaßnahmen – sowohl in der Kredit- als auch der Zuschussvariante – eingestellt. Die unerwartet hohe Nachfrage bei begrenzten Haushaltsmitteln veranlasste die KfW zu einer Konzentration der Förderung auf größere Sanierungsmaßnahmen (KfW-Effizienzhaus).

Die Entscheidung der KfW, im Rahmen des Programms »Energieeffizient Sanieren« zukünftig keine Einzelmaßnahmen mehr zu fördern, rückt die Effizienzstandards für das Gesamtgebäude noch stärker in den Mittelpunkt der Förderung. Bei der Neubauförderung werden derzeit »KfW-Effizienzhäuser« der Kategorien 70, 55 und 40 angestrebt (vgl. Abb. 22). Den Bezugspunkt stellt die aktuelle Energieeinsparverordnung (EnEV) dar. Im Vergleich zu einem Neubau nach den Vorgaben der EnEV 2009 hat ein »KfW-Effizienzhaus 70« demnach einen um mindestens 30% geringeren Jahresprimärenergiebedarf. Da die Voraussetzungen bei bestehenden Gebäuden in der Regel wesentlich ungünstiger sind, werden bei der Sanierungsförderung weniger strenge Ziele gesetzt. Hier werden bereits Maßnahmen unterstützt, die den Jahresprimärenergiebedarf auf das Niveau von 115% eines heutigen Neubaus reduzieren. Die weiteren Förderziele beziehen sich auf 100, 85, 70 und 55% des Energiebedarfs.

Bei den Programmen für Energieeffizientes Bauen bzw. Sanieren wurde 2009 ein Rekordzusagevolumen von fast 9 Mrd. € erzielt (vgl. Tab. 5). Das Zusagevolumen umfasst dabei die Summe der ausgegebenen Kre-

Tab. 5
Förderergebnisse ausgewählter Programme der KfW

	2006	2007	2008	2009	30.09.2010
Energieeffizient Bauen und Sanieren[a)]					
Zusagevolumen (Mill. Euro)	6 998	4 782	6 343	8 863	7 814
Wohneinheiten (1 000)	328	204	280	617	893
KfW-Wohneigentumsprogramm					
Zusagevolumen (Mill. Euro)	4 376	5 222	4 562	3 851	4 360
Wohneinheiten (1 000)	82	98	91	65	70

a) Einschließlich Altprogramme wie etwa »CO_2-Gebäudesanierung« oder »Ökologisch Bauen«.

Quelle: KfW.

dite zuzüglich der gewährten Investitionszuschüsse. Die Förderprogramme wurden Anfang 2009 neu aufgestellt, um das Angebot verständlicher und transparenter zu machen. Weitere Anpassungen erfolgten unter Berücksichtigung der neuen Energieeinsparverordnung sowie der Budgetsituation. Im abgelaufenen Jahr wurden insgesamt rund 617 000 Wohneinheiten energieeffizient errichtet oder energetisch modernisiert. Die jeweils durchgeführten Maßnahmen fielen dabei je nach Wohneinheit sehr unterschiedlich aus. Sie reichen im Wohnungsbestand von der Durchführung von Einzelmaßnahmen, z.B. Austausch der Fenster, bis zur vollständigen Modernisierung zum KfW-Effizienzhaus.

Bislang betreffen die meisten Förderzusagen die Bestandsmaßnahmen. Im Gegensatz zur Zuschussvariante, die kurzfristig in voller Höhe im Bundeshaushalt wirksam wird, belastet die Kreditvariante die öffentlichen Finanzen allerdings nicht sofort. So verteilt sich die Belastung für den Haushalt bei einem Kredit mit zehnjähriger Zinsbindung auf zehn Jahre – die finanziellen Verpflichtungen des Bundes werden also über einen langen Zeitraum gestreckt.

Fördermittel 2011 deutlich reduziert

Die Aufstockung der Bundesmittel im Zuge des ersten Konjunkturpakets hat für die Jahre 2009 und 2010 zu einer deutlich höheren Fördertätigkeit geführt als in den Jahren zuvor. 2009 standen erheblich mehr Bundesmittel zur Verfügung als in vorangegangenen Jahren, nämlich 2,0 Mrd. Euro. In diesem Jahr kann die KfW immerhin noch auf 1,3 Mrd. Euro zurückgreifen. So wurde in den ersten drei Quartalen 2010 auch bereits für nahezu 900 000 Wohnungen eine Förderzusage erteilt. 2011 werden die Haushaltsmittel des Bundes jedoch voraussichtlich auf rund 936 Mill. Euro sinken. Im Rahmen des neuen Programms »Altergerecht Umbauen«, mit dem der Abbau von Barrieren im Wohnungsbestand gefördert wird, konnten in den ersten neun Monaten 2010 rund 13 500 Wohneinheiten gefördert werden. Das Zusagevolumen für das Gesamtjahr dürfte – ähnlich wie 2009 – wieder ca. 200 Mill. Euro erreichen. Die neu gestartete Zuschussvariante wird gut angenommen.

Das KfW-Wohneigentumsprogramm ist ebenso wie das Programm »Wohnraum Modernisieren« ein Eigenmittelprogramm der KfW. Mit dem Wohneigentumsprogramm wird nicht nur der Neubau sondern auch der Erwerb bereits existierender Wohnungen gefördert. Seit Ende 2009 verzeichnet die KfW eine deutliche Belebung der Nachfrage – der KfW-Wohnungsbauindikator signalisiert eine leichte Erholung beim Neubau.

In den Programmen für Energieeffizientes Bauen und Sanieren werden über das Förderangebot anspruchsvolle Effizienzstandards für das Gesamtgebäude – unter Berücksichtigung der Anlagentechnik und der Gebäudehülle – »technologieneutral« definiert (KfW-Effizienzhaus) sowie im Markt eingeführt und etabliert. Kritiker bemängeln dagegen, dass die Wirtschaftlichkeit vieler Investitionsvorhaben deutlich erhöht werden könnte, wenn mit einem deutlich geringeren Kapitaleinsatz ein zumindest »befriedigendes« Energieeinsparergebnis erzielt würde. Auf diese Weise könnte man in vergleichsweise kurzer Zeit die Verbrauchswerte sehr vieler Gebäude deutlich verbessern, anstatt den Energiebedarf nur weniger Bauten »übermäßig« abzusenken. Der Förderansatz im Programm »Energieeffizient Sanieren« ermöglicht grundsätzlich sowohl eine Sanierung in Schritten (Einzelmaßnahmen) als auch die Orientierung an einem definierten Ziel-Niveau (KfW-Effizienzhaus) analog der Energieeinsparverordnung, die ihrerseits einen Mindeststandard für Neubau und Bestand definiert. Weniger anspruchsvolle Sanierungsziele haben den Nachteil, dass sie gegebenenfalls schon vor Ablauf der Nutzungsdauer eine nächste Sanierungsrunde notwendig machen.

Branchenforum 4: Konjunkturelle Entwicklung im Dienstleistungssektor

Gernot Nerb

Aktuelle konjunkturelle Situation im Dienstleistungssektor

Das Geschäftsklima im Dienstleistungssektor besserte sich bis zuletzt weiter und erreichte im Oktober laut ifo Konjunkturtest mit einem Saldo von + 21,4 den höchsten Stand seit August 2007. Zum bisherigen Höchststand im April 2007 (+ 28,5) besteht aber noch ein Abstand von rund 7 Punkten. Verglichen mit den anderen im Konjunkturtest erfassten Bereichen nimmt der Dienstleistungssektor zusammen mit dem verarbeitenden Gewerbe den Spitzenplatz ein, gefolgt vom Großhandel sowie mit größerem Abstand dem Einzelhandel und dem Bauhauptgewerbe (vgl. Abb. 23).

Innerhalb des Dienstleistungssektors bestätigte sich auch diesmal wieder, dass die Logistiksparte besonders zyklisch ist. Nach einem scharfen Einbruch um rund 9% in 2008/09, zogen die Umsätze seit Frühjahr 2010 fast eben so stark an wie sie gefallen waren. Trotz leichter Eintrübung des Geschäftsklimas im Oktober befindet sich dieser Indikator weiter auf hohem Niveau, höher als während des vorangegangenen Aufschwungs 2006/2007 (vgl. Abb. 24).

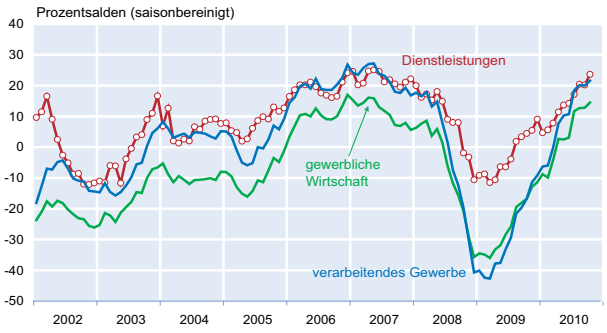
Auch der Tourismussektor, der auf dem diesjährigen Dienstleistungsforum einen Schwerpunkt bildet, ist sehr konjunkturanfällig, was sich in dem tiefen Einbruch des entsprechenden Geschäftsklimaindikators in 2008 und Anfang 2009 sowie seinem rasanten Anstieg seit Frühjahr 2009 niederschlägt (vgl. Abb. 25).

Der konjunkturelle Rückschlag im IT-Bereich im 2. Halbjahr 2008 und Anfang 2009 war zwar gravierend, aber nicht vergleichbar mit dem Einbruch nach dem Platzen der Internetblase in 2001/2002. Das Geschäftsklima ist hier im jüngsten Abschwung kaum in den negativen Bereich eingetaucht und erholt sich seit Mitte 2009 stetig. Allerdings besteht noch einiger Abstand zu den Höchstständen dieses Indikators im vorangegangenen Konjunkturzyklus (vgl. Abb. 26).

Letzteres, d.h. konjunkturelle Erholung, aber noch deutlicher Abstand zu dem im vorangegangenen Zyklus erreichten Konjunkturhoch, gilt auch für die Unternehmens-, Steuer-, und Rechtsberatung (vgl. Abb. 27).

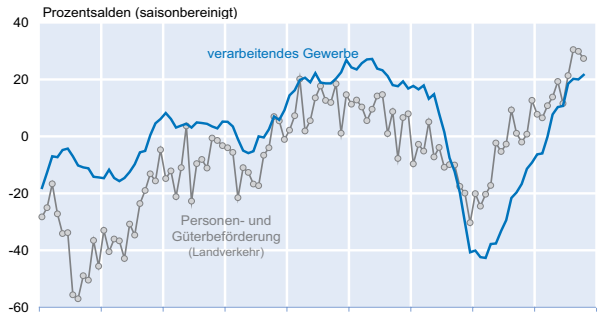
In den unternehmensnahen Dienstleistungssparten »Architekten und Ingenieure« , »Werbung« sowie »Personal- und Stellenvermittlung« war der konjunkturelle Absturz in 2008

Abb. 23
ifo Geschäftsklima



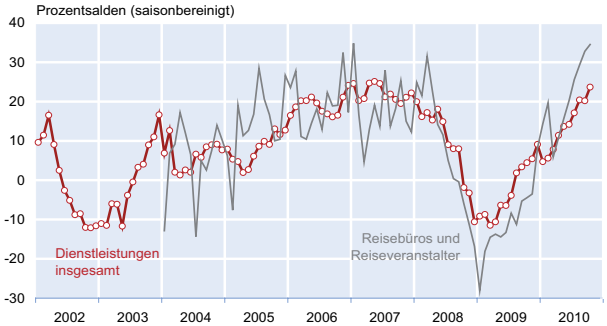
Quelle: ifo Konjunkturtest. Letzter Wert: Okt. 2010

Abb. 24
Vergleich des Geschäftsklimas: Transport und verarbeitendes Gewerbe



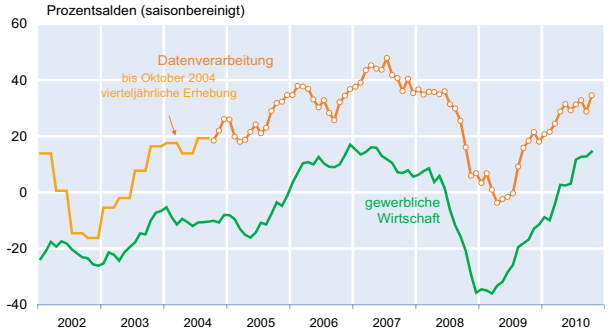
Quelle: ifo Konjunkturtest. Letzter Wert: Okt. 2010

Abb. 25
Vergleich des Geschäftsklimas: Reisebüros und Reiseveranstalter



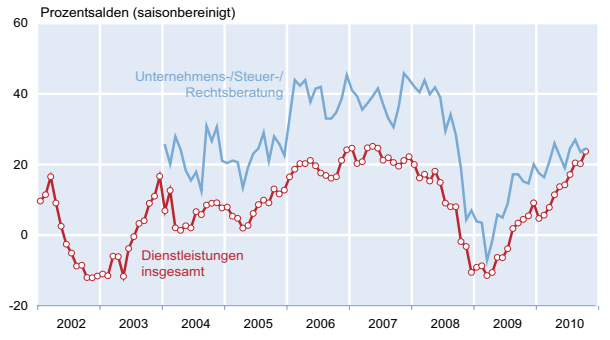
Quelle: ifo Konjunkturtest. Letzter Wert: Okt. 2010

Abb. 26
Vergleich des Geschäftsklimas: Datenverarbeitung und gewerbliche Wirtschaft



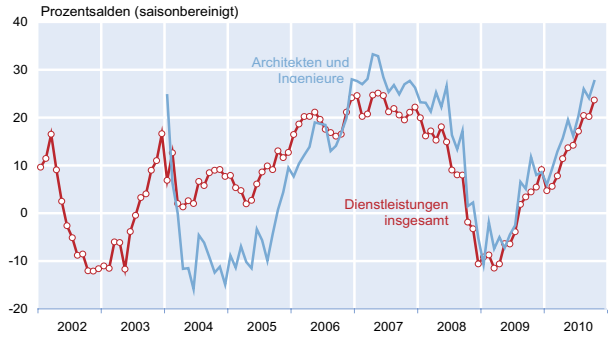
Quelle: ifo Konjunkturtest. Letzter Wert: Okt. 2010

Abb. 27
Vergleich des Geschäftsklimas: Unternehmens-/Steuer-/Rechtsberatung und Dienstleistungen



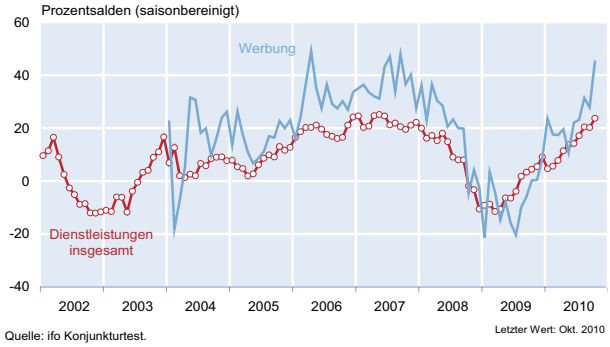
Quelle: ifo Konjunkturtest. Letzter Wert: Okt. 2010

Abb. 28
Vergleich des Geschäftsklimas: Architekten/Ingenieure und Dienstleistungen



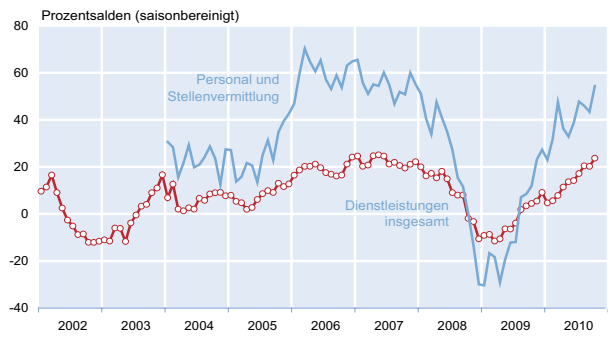
Quelle: ifo Konjunkturtest. Letzter Wert: Okt. 2010

Abb. 29
Vergleich des Geschäftsklimas: Werbung und Dienstleistungen



Quelle: ifo Konjunkturtest. Letzter Wert: Okt. 2010

Abb. 30
Vergleich des Geschäftsklimas: Personal/Stellenvermittlung und Dienstleistungen



Quelle: ifo Konjunkturtest. Letzter Wert: Okt. 2010

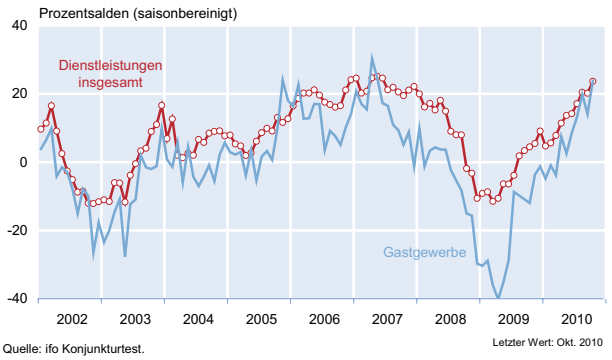
und Anfang 2009 sehr heftig, aber auch die Erholung verlief fast V-förmig und führt bis Oktober dieses Jahres fast wieder zu den vorangegangenen konjunkturellen Höhen. Was die Personal- und Stellenvermittlung anbelangt, die schwerpunktmäßig die Zeitarbeitsbranche umfasst, deckt sich dieses Ergebnis mit den Ergebnissen der amtlichen Statistik: Im Juli übertraf die Zahl der Zeitarbeitnehmer den Vorjahreswert um 33% (183 000 Personen), was 60% des Anstiegs der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten erklärt (vgl. Abb. 28, 29 und 30).

Auch die Geschäftsentwicklung im Gastgewerbe weist einen sehr ausgeprägten konjunkturellen Verlauf auf. In Krisenzeiten leidet gerade der Gastronomieumsatz deutlich unter den Sparzwängen der Unternehmen und Konsumenten. Umgekehrt führt aber auch eine konjunkturelle Erholung zu einer deutlichen Geschäftsbelebung. Dieses Konjunkturmuster bestätigte sich auch diesmal (vgl. Abb. 31).

Der von der EU-Kommission für eine repräsentative Auswahl von Ländern monatlich ermittelte Vertrauensindikator für das Finanzgewerbe hat sich im 2. Halbjahr 2009 zwar deutlich erholt, weist seitdem aber eine Seitwärtsbewegung auf (vgl. Abb. 32).

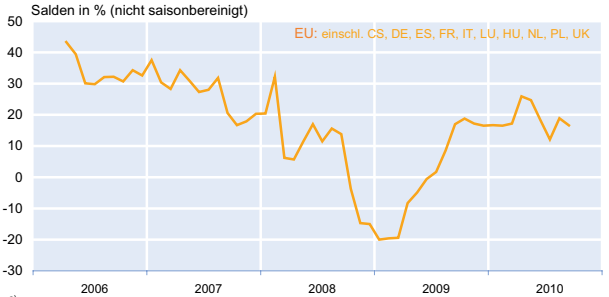
In Deutschland setzte sich dagegen die Erholung des Finanzsektors 2010 fort. Hierfür sprechen die vom ifo Institut

Abb. 31
Vergleich des Geschäftsklimas: Gastgewerbe und Dienstleistungen



Quelle: ifo Konjunkturtest. Letzter Wert: Okt. 2010

Abb. 32
EU-Vertrauensindikatoren[a]: Finanzdienstleistungen



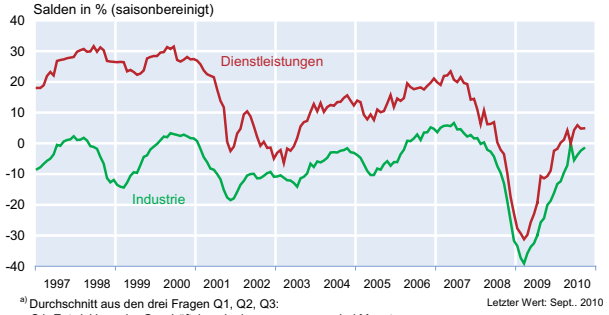
[a] Durchschnitt aus den drei Fragen Q1, Q2, Q3: Letzter Wert: Sept.. 2010
Q1: Entwicklung der Geschäftslage in den vergangenen drei Monaten
Q2: Entwicklung der Nachfrage in den vergangenen drei Monaten
Q3: Erwartung für die Nachfrageentwicklung in den nächsten drei Monaten

Quelle: EU-Kommission.

zusammen mit der Deutschen Bundesbank, Hauptverwaltung München, ermittelten Konjunkturtestergebnisse im bayerischen Finanzgewerbe. Wenn sich diese Umfrageergebnisse zwar nur auf Bayern beziehen, kann nach Ansicht der Deutschen Bundesbank diese Region als eine Art Testmarkt für Deutschland insgesamt gesehen werden. Daher lassen sich mit gewissem Vorbehalt diese Ergebnisse auch als repräsentativ für Deutschland interpretieren.

Das Geschäftsklima im bayerischen Finanzgewerbe hat sich zum Ende des 2. Quartals 2010 erneut kräftig verbessert und stieg auf + 35 Punkte (Vorquartal + 22). Damit liegt der Klimaindikator sogar wieder leicht über dem Stand vor Ausbruch der Finanzkrise im Sommer 2007 (2007Q3: + 33 Punkte). Gleichwohl dürften die Belastungen aus den zurückliegenden Finanzmarktturbulenzen für die Branche noch nicht gänzlich überwunden sein. Denn zur Stimmungsaufhellung im 2. Quartal haben vor allem die sprunghaft gestiegenen Geschäftserwartungen beigetragen. Dagegen liegt das Lageurteil trotz erneuter Zugewinne zur Jahresmitte immer noch deutlich unter dem Vorkrisenniveau. Insofern hat sich die Gesamtsituation zwar weiter entspannt, von einer »Normalisierung« des Geschäftsumfeldes kann aber noch keine Rede sein. Der Personalabbau in der Finanzbranche hielt im Frühjahr unvermindert an. Den Beschäftigungsplänen zufolge wird sich hieran kaum etwas ändern. Hier könnten sich auch schon Überlegungen zu den mittel- bis langfristigen Erfolgsaussichten des Finanzsektors niederschlagen: Nach Basel III brauchen die Banken mehr Eigenkapital. Hierfür müssen sie auch mehr verdienen, um für Aktionäre attraktiv zu sein. Auf den Aktienmärkten konkurrieren Banken mit Unternehmen wie etwa Siemens. Bisher gehörte der Finanzsektor zu den Wachstumsbranchen. Seit Anfang der neunziger Jahre (im Zeitraum 2001 bis 2009) stieg die Wertschöpfung im Bankensektor (mit rd. 65%) mehr als doppelt so stark wie das BIP. Es bestehen allerdings erhebliche Zweifel, ob der Finanzsektor auch künftig zu den Wachstumsbranchen gehören wird.

Abb. 33
EU-Vertrauensindikatoren[a)] im Vergleich: Dienstleistungen und Industrie



a) Durchschnitt aus den drei Fragen Q1, Q2, Q3: Letzter Wert: Sept.. 2010
Q1: Entwicklung der Geschäftslage in den vergangenen drei Monaten
Q2: Entwicklung der Nachfrage in den vergangenen drei Monaten
Q3: Erwartung für die Nachfrageentwicklung in den nächsten drei Monaten

Quelle: EU-Kommission.

Anders als in Deutschland war der konjunkturelle Einbruch Ende 2008/Anfang 2009 im Dienstleistungssektor im europäischen Durchschnitt fast eben so stark wie in der Industrie (vgl. Abb. 33).

Wie das verarbeitende Gewerbe profitierten im Zeitraum 2. Halbjahr 2009 und im ersten Halbjahr 2010 besonders die Verkehrs- und die Unternehmensdienstleister kräftig von der anfangs stark exportgetriebenen konjunkturellen Erholung. Mit der Verbreiterung des Aufschwungs werden auch jene Branchen, die nicht oder nur wenig von der Exportnachfrage abhängen, zunehmend von der konjunkturellen Erholung profitieren. Die Geschäftstätigkeit der öffentlichen und persönlichen Dienste sowie des Gastgewerbes wurde im bisherigen Konjunkturverlauf durch die weniger dynamische Ausweitung der Einkommen und des Konsums der privaten sowie öffentlichen Haushalte determiniert. Mit der erwarteten Konsumbelebung im kommenden Jahr werden sich aber auch in diesen Dienstleistungsbereichen stärkere Zuwächse ergeben.

Nichtsdestoweniger werden sich aber auch in den nächsten zwei Jahren (2011 und 2012) die preisbereinigten Umsätze vor allem in solchen Branchen relativ stark erhöhen, die den Exporteuren im Verarbeitenden Gewerbe direkt zuarbeiten und deren Serviceangebot einer Ausweitung, Flexibilisierung oder Rationalisierung der Produktion zuträglich ist. Hierzu gehören neben der Personalvermittlung (inkl. Zeitarbeit) vorwiegend die Mobilienvermietung, die Datenverarbeitung, die Rechts- und Wirtschaftsberatung sowie Auftragsdienste.

Verkehr und Nachrichtenübermittlung

Der Verkehrssektor umfasst neben der Personen- und der Güterbeförderung zu Lande, Wasser und in der Luft auch das Verkehrsnebengewerbe mit Verkehrsvermittlungs-, Infrastruktur- und Umschlagdiensten. Die Nachfrage im Personenverkehr und in der Nachrichtenübermittlung wird vorwiegend von der Entwicklung der allgemeinen Konjunktur und der Haushaltseinkommen bestimmt. Das Wachstum des Güterverkehrs ist zudem eng mit dem Außenhandel und der gesamtwirtschaftlichen Investitionstätigkeit verknüpft. In einzelnen Verkehrssparten hängt die Umsatzexpansion überdies stark vom Absatzverlauf in transportintensiven Branchen des Produzierenden Gewerbes, z.B. Fahrzeugbau, Metallerzeugung oder Chemie, ab (vgl. Tab. 6).

Derzeit profitieren praktisch alle Güterverkehrszweige vom kräftigen Konjunkturaufschwung, der sich im Prognosezeitraum – wenn auch verlangsamt – fortsetzen dürfte. Im Vergleich zum Güterverkehr ist die enger mit der Binnenkonjunktur verknüpfte Personenbeförderung per Eisenbahn oder im Straßenverkehr (mittels Omnibus, Taxi usw.) durch einen

Tab. 6
Verkehr und Nachrichtenübermittlung: Prognose
Umsatz, preisbereinigt, in % gegenüber Vorjahr

	WZ-Nr.	2010	2011	2012
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	**I**	**3,6**	**2,4**	**2,5**
Verkehr	60–63	5,0	2,5	2,3
Landverkehr	60	3,1	1,5	1,4
Eisenbahnen	60.1	2,0	0,7	0,7
Straßenverkehr	60.2	3,6	1,7	1,7
davon:				
Straßengüterverkehr	60.24	6,1	2,7	2,4
Rohrfernleitungen	60.3	0,8	1,5	1,4
Schifffahrt	61	9,3	4,3	3,0
Luftfahrt	62	5,1	1,3	2,3
Verkehrsnebengewerbe	63	4,6	2,6	2,6
Frachtumschlag, Lagerei	63.1	5,3	2,3	1,9
Infrastrukturbetriebe	63.2	6,3	2,7	2,8
Reisebüros und Reiseveranstalter	63.3	– 0,5	1,2	1,3
Spedition	63.4	5,7	2,9	3,0
Nachrichtenübermittlung	64	0,9	2,3	2,9
Post- und Kurierdienste	64.1	1,1	1,1	1,0
Fernmeldedienste	64.3	0,9	2,7	3,5

Quelle: Feri Finance AG.

Tab. 7
Gastgewerbe: Prognose
Umsatz, preisbereinigt, in % gegenüber Vorjahr

	WZ-Nr.	2010	2011	2012
Gastgewerbe	**H**	**0,3**	**– 0,3**	**– 0,5**
Hotellerie	55.1	1,2	0,8	0,8
Ferienunterkünfte, Campingplätze u.a.	55.2	– 0,1	0,9	0,6
Restaurants, Cafés, Eissalons	55.3	– 0,9	– 0,9	– 1,3
Schanklokale, Diskotheken, Bars	55.4	– 0,6	– 3,5	– 3,4
Kantinen und Caterer	55.5	3,4	0,9	0,6

Quelle: Feri Finance AG.

Tab. 8
Unternehmensnahe Dienstleister: Prognose
Umsatz, preisbereinigt, in % gegenüber Vorjahr

	WZ-Nr.	2010	2011	2012
Unternehmensnahe Dienstleister	**K**	**5,5**	**4,2**	**3,3**
Immobilienwesen	70	1,2	0,9	0,5
Mobilienvermietung, -Leasing	71	9,8	7,1	5,3
Datenverarbeitung	72	6,8	5,4	4,3
Forschung & Entwicklung	73	3,4	4,1	3,5
Beratung, Planung, Auftragsdienste	74	6,6	4,9	3,8
Rechts-, Wirtschaftsberatung	74.1	6,9	5,2	4,1
Architektur- und Ingenieurbüros	74.2	4,1	2,4	1,4
Technische Untersuchung	74.3	5,6	3,2	2,0
Werbung	74.4	1,4	3,3	3,0
Personalvermittlung und -überlassung	74.5	23,0	12,4	8,5
Sicherheitsdienste, Detekteien	74.6	3,2	2,7	2,3
Gebäudereinigung	74.7	3,0	1,5	1,4
Auftragsdienste	74.8	6,2	5,3	4,5

Quelle: Feri Finance AG.

eher flachen Nachfrageverlauf gekennzeichnet. Lediglich der Personenverkehr in der Luftfahrt expandiert auch im Trend überproportional, da sich sowohl die hohe Verbrauchergunst für Flugreisen als auch die steigende Zahl grenzüberschreitender Geschäftsreisen entsprechend auswirken.

Zur Nachrichtenübermittlung zählen die Post- und Kurierdienste und die Fernmeldedienste. Bei Ersteren wird vor allem im Geschäftskundenbereich die klassische Postbriefsendung und bei Letzteren die Festnetztelefonie allmählich durch modernere Kommunikationsmittel verdrängt. Diese Substitution der Haupteinnahmequellen dämpft in beiden Branchen auch zukünftig die Umsatzzuwächse, zumal in der Fernmeldebranche die Preise wettbewerbsbedingt fallen.

Gastgewerbe

Hinter der bisher ohnehin nur sehr moderaten konjunkturellen Belebung der Binnennachfrage bleibt das Gastgewerbe, dessen reale Nachfrage seit 1992 einem beinahe durchgängigen Negativtrend folgt, weiterhin zurück. Lediglich solche Sparten des Gastgewerbes, die auch langfristig vom florierenden Außenhandel profitieren, insbesondere Hotellerie und Caterer, sind demgegenüber im aktuellen Konjunkturaufschwung begünstigt. Auch Selbstbedienungsrestaurants und Ferienunterkünfte (z.B. Ferienzentren) erfreuen sich wachsender Beliebtheit, weil sie mit ihrem Angebot auch Konsumenten ansprechen, die durch verhaltene Einkünfte zum Sparen gezwungen sind (vgl. Tab. 7).

Unternehmensnahe Dienstleister

Der aktuelle Wirtschaftsaufschwung begünstigt neben den Exportindustrien auch die ihnen zuarbeitenden Dienstleister. Vor allem solche Unternehmensdienste, die im Abschwung durch ihre enge Anbindung an die Industrie massive Geschäftseinbrüche hinnehmen mussten, erzielen nunmehr erneut weit überproportionale Wachstumsraten. Es handelt sich dabei vor allem um die Personalvermittlung (insbesondere Zeitarbeit), die Mobilienvermietung, Rechts- und Wirt-

schaftsberater sowie Auftragsdienste. Diese Servicezweige profitieren stark von der Erholung der Ausrüstungsinvestitionen. Höhere Bauinvestitionen begünstigen auch bislang eher schwächelnde baunahe Dienste wie Architektur- und Ingenieurbüros. Wegen der zu erwartenden Verlangsamung des Aufschwungs gegen Ende 2010 und in der ersten Hälfte 2011 sind die weiteren Aussichten für das Wachstum der Unternehmensdienste insgesamt gleichwohl durchwachsen (vgl. Tab. 8).

Öffentliche und persönliche Dienste

Im Bereich der öffentlichen und persönlichen Dienste wird die Nachfrage von der Bevölkerungsentwicklung sowie vom öffentlichen und privaten Konsum bestimmt, der sich aus den staatlichen und privaten Einnahmen bzw. Einkommen sowie den entsprechenden Ausgabenbudgets ableitet. Die öffentlichen und personenbezogenen Serviceanbieter kennen daher in der Regel einen zwar flachen, dafür aber konjunkturell wesentlich stabileren Wachstumspfad als etwa die Anbieter unternehmensnaher Dienstleistungen.

Durch die merkliche Anhebung der Konsumausgaben der Sozialversicherung für individuelle Sachleistungen im Gesundheits- und Sozialwesen in den Jahren 2010 und 2011 wird in dieser Branche nicht nur der Umsatz deutlich gestärkt, sondern auch die Beschäftigung merklich ausgebaut. Da sich zudem die Kaufkraft der Privathaushalte durch die gesamtwirtschaftliche Beschäftigungsausweitung und die Stärkung der Einkommen etwas erhöht, dürften auch die auf den privaten Konsum ausgerichteten Zweige dieses Wirtschaftsbereichs (z.B. Kultur, Sport und Unterhaltung) vom allgemeinen Konjunkturaufschwung profitieren (vgl. Tab. 9).

Tab. 9
Öffentliche und persönliche Dienste: Prognose
Umsatz, preisbereinigt, in % gegenüber Vorjahr

	WZ-Nr.	2010	2011	2012
Öffentliche und persönliche Dienste	**L–O**	**2,1**	**1,0**	**0,8**
Öffentliche Verwaltung, Sozialversicherung	L	2,2	0,7	0,7
Erziehung und Unterricht	M	1,1	0,8	0,7
Gesundheit und Soziales	N	3,8	1,7	1,1
Gesundheitswesen	85.1	3,8	1,4	0,8
Veterinärwesen	85.2	2,1	1,4	1,0
Sozialwesen	85.3	3,9	2,5	2,0
Entsorgung, Interessenvertr., Kultur u.a.	O	0,4	0,6	0,8
Entsorgung	90	0,6	0,7	0,5
Interessenvertretungen	91	0,9	0,6	0,7
Kultur, Sport und Unterhaltung	92	0,6	0,9	1,2
Persönliche Hygiene u.a.	93	– 0,3	0,0	0,2

Quelle: Feri Finance AG.

Schwerpunktthema: Konjunkturelle Perspektiven im Tourismussektor

Ergänzend zu der statistischen Analyse der verschiedenen Dienstleistungsbranchen berichtete aus erster Hand *Rolf Freitag,* Gründer und Leiter von IPK International, World Travel Monitor Company Ltd., München[3] über Lage und Perspektiven im internationalen Tourismus. In der Vergangenheit haben konjunkturelle Schwankungen die Welttourismusnachfrage kaum berührt. Der Tourismus war ein Dauer-Wachstumsträger, der höchstens von Krisen in den Bereichen Gesundheit und Sicherheit im Aufwärtstrend kurz unterbrochen wurde. Es ist daher ein Novum, dass in 2009 die Finanzkrise dramatische Auswirkungen auf den internationalen Tourismus hatte. Die Zahl der Reisen ging weltweit um – 4%, der Übernachtungen um – 7% und der Reiseausgaben sogar um – 9% zurück. Besonders hart traf die Finanzkrise in 2009 das Reiseverhalten der Reichen und Superreichen. Während die Reiseausgaben der »Low-Spenders« nur um – 4% abnahmen, sanken die Reiseausgaben der »High Enders« um – 18%.

Die Markterholung setzte im Herbst 2009 ein. Seit Oktober 2009 wächst der Reisemarkt wieder. War die Erholung am Anfang nur schwach, so hat sie sich im Frühjahr 2010 stark beschleunigt, so dass am Jahresende 2010 mit + 7% Reisen sogar ein neues Allzeithoch erreicht wird. Von diesem Boom profitierten vor allem der Verkehrsträger Flugzeug, während in anderen Bereichen des Tourismus wie z.B. in der Welthotellerie Übernachtungszahlen, Umsätze und Profit hinter dem Allzeithoch von 2008 zurück bleiben.

Wachstumsträger sind in 2010 die »Emerging Markets« mit + 13% Reisen der Südamerikaner, + 12% der Asiaten und der Bewohner des Mittleren Ostens. Auch die Auslandsreisen der Afrikaner setzten mit + 7% ihren stabilen längerfristigen Wachstumstrend von der Welt weitgehend unbemerkt fort. Der europäische Reisemarkt erholt sich langsam von der Krise, kann aber in 2010 mit + 2 bis 3% noch nicht die Einbußen von – 6% im Vorjahr wettmachen. Noch schlechter sieht es in Nordamerika aus, wo der Markt nach kräftigen Verlusten im Vorjahr bei + 0% quasi stagniert.

Topreiseziele bleiben in 2010 die USA vor Spanien (11% Marktanteil), Frankreich und Deutschland (je 9% Marktanteil), gefolgt von

[3] IPK International mit Sitz in München führt seit Anfang 1988 mit seinem World Travel Monitor eine kontinuierliche Erhebung des Reiseverhaltens der Weltbevölkerung durch. Zu diesem Zweck werden pro Jahr rund 500 000 Personen in 61 Herkunftsländern des Welttourismus repräsentativ befragt. Das entspricht einer Weltmarktabdeckung von 85%.

Italien (8%) und Österreich (6%). Weltweit die mit Abstand größten Zuwächse erzielten die Reiseziele China (+ 20%) und Deutschland (+ 11%).

Traditionelle Pauschalreisen und Reisebürobuchungen nahmen auch in 2010 weiter ab. Online-Buchungen jedweder Art haben dagegen erneut um + 17% zugenommen. Inzwischen werden z.B. schon 58% aller Auslandsreisen der Europäer Online gebucht. Beliebteste Urlaubsform bleibt auch in 2010 Sun- und Beach-Urlaub (– 6%), gefolgt von Rundreisen (+ 10%) sowie Städte- und Event-Reisen (+ 18%).

Deutschlandtourismus ist in 2010 mehr »in« denn je. Während die Auslandsreisen der Deutschen seit Jahren stagnieren, wächst die Zahl der Inlandsreisen kontinuierlich leicht und die Zahl der Deutschlandbesuche von Ausländern sogar kräftig.

Nach den neuesten Reiseabsichtserhebungen des World Travel Monitors im September 2010 sind die Aussichten für 2011 gut. Der World Travel Confidence Indicator von IPK steht zur Zeit bei 103 und damit drei Punkte über der Wachstumsschwelle. Während in den BRIC Staaten Werte über 110 erreicht werden beträgt der Indikator für Auslandsreisen der Deutschen 99 und für jene der USA nur 97. Bei gleichbleibender Wirtschaftslage deuten diese Indikatorwerte auf ein weltweites Tourismuswachstum von 3 bis 5% in 2011 hin.

Auswirkungen des reduzierten Mehrwertsteuersatzes im französischen Gastgewerbe

Wie bereits im Vorjahr berichtete Jacques Borel, der Gründer der französischen Hotelgruppe ACCOR und heutiger Geschäftsführer von »club tva« in Paris, über Erfahrungen mit der in Frankreich ab 1. Juli 2009 von 19,6 auf 5,5% gesenkten Mehrwertsteuer im Gastgewerbe (Ausnahme: alkoholische Getränke). Von Mitte 2009 bis Mitte 2010 wurden nach Zahlen von INSEE, dem Statistischen Amt Frankreichs, im Gastgewerbe 29 500 Arbeitsplätze geschaffen, während in der gewerblichen Wirtschaft insgesamt (ohne Landwirtschaft und ohne Staat) 27 300 Arbeitsplätze abgebaut worden sind.

Die Gaststättenpreise gingen nach Borel von Mitte 2009 bis Mitte 2010 um 1,7% zurück. Daran wird deutlich, dass die Gastronomiebetriebe nicht in vollem Umfang die Einsparung an den Konsumenten weitergegeben haben. Dies war nach vorausgegangenen Umfragen im Gastgewerbe, wie aus Erfahrungen in anderen Ländern, auch nicht zu erwarten. Es scheint sich in Frankreich zu bestätigen, dass nach einer Anlaufphase, die mehr als ein Jahr dauern kann, im Gastgewerbe etwa 50% einer Mehrwertsteuersenkung im Preis weitergegeben wird, 15% werden zur Steigerung der Angestelltengehälter benutzt, weitere 15% für mehr Investitionen in den Gastbetrieben und ca. 15% zur Ausweitung der Gewinnmarge. Nach den von Borel vorgestellten Berechnungen hat der Staat dank höherer Sozialabgaben und eingesparter Arbeitslosenunterstützung, dank eines höheren Einkommensteueraufkommens und schließlich dank des Rückgangs von Mehrwertsteuerhinterziehung und von Schwarzarbeit – bei gesamtwirtschaftlicher Betrachtung – mittelfristig keine Einkommenseinbußen als Folge der Mehrwertsteuersenkung in der Gastronomie hinnehmen müssen. Lediglich zu Anfang der Anpassungsprozesse kam es zu vorübergehenden Einkommenseinbußen beim Staat. Was aber letztlich zählt, sind die dauerhaften positiven Effekte am Arbeitsmarkt, einmal was die Zahl, aber auch die Struktur der Beschäftigten anbelangt. In erheblichem Umfang gelang die Eingliederung von bislang wenig Qualifizierten in den Arbeitsmarkt.